Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 18

München, den 7. August

1970

Datum	Inhalt	Seite
31. 7. 1970	Gesetz zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht (StrBerAnpG)	345
31. 7. 1970	Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG)	360
31. 7. 1970	Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern	362
31. 7. 1970	Gesetz zur Änderung der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern und der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern	363
31. 7. 1970	Bayerisches Architektengesetz (BayArchG)	363
31. 7. 1970	Gesetz zur Änderung des Volksschulgesetzes	369
31. 7. 1970	Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz — VermKatG —)	369
31. 7. 1970	Gesetz über die künstliche Besamung landwirtschaftlicher Zuchttiere (Besamungsgesetz)	372
3. 8. 1970	Verordnung über die Umgliederung der Gemeinde Mörmoosen (Landkreis Mühldorf a. Inn) in den Markt Tüßling (Landkreis Altötting) und über die Änderung der Grenzen der Landkreise Mühldorf a. Inn und Altötting	374
22. 7. 1970	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — DVVbF —	374
24. 7. 1970	Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Mindelrieder Paradies“	375
27. 7. 1970	Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Sandharlander Heide“ im Landkreis Kelheim	376
31. 7. 1970	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Wahl der Elternbeiräte an den Volksschulen — Wahlordnung — (4. AVVoSchG)	377

Gesetz

zur Bereinigung des Landesrechts und zur Anpassung von Straf- und Bußgeldvorschriften an das Bundesrecht (StrBerAnpG)

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Erster Abschnitt

Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes

§ 1

Landesstraf- und Verordnungsgesetz

Das Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz — LStVG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. Januar 1967 (GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1969 (GVBl. S. 182), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 erhält die Überschrift „Einteilung der Tatbestände“ und wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Die im Landesrecht mit Freiheitsstrafe oder mit Geldstrafe bedrohten Handlungen sind Straftaten.“

b) In Absatz 2 werden die Worte „in diesem Gesetz“ durch die Worte „im Landesrecht“ ersetzt.

2. Art. 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird einziger Absatz und erhält folgende Fassung:

„Auf die Straftaten des Landesrechts sind die in den Einleitenden Bestimmungen und im Ersten Teil des Strafgesetzbuchs enthaltenen Vorschriften sowie die Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes, der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes anzuwenden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.“

b) Absatz 2 wird gestrichen.

3. Art. 3 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 3

Ordnungswidrigkeiten

Für die Ordnungswidrigkeiten des Landesrechts gilt das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.“

4. In Art. 4 werden die Worte „diesem Gesetz“ durch das Wort „Landesrecht“ ersetzt.

5. Art. 5 erhält folgende Fassung:

„Art. 5

Vollstreckung des Bußgeldbescheids

Der Bußgeldbescheid wird nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes vollstreckt, soweit nicht das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten etwas anderes bestimmt.“

6. In der Überschrift zum Zweiten Teil werden die Worte „Straftaten und“ gestrichen.
7. Art. 7 wird aufgehoben.
8. Art. 8 wird aufgehoben.
9. Art. 9 wird aufgehoben.
10. Art. 10 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:
 „(1) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig in Feld und Flur Vieh unbefugt auf fremden Grundstücken weidet, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.“
11. Art. 11 Abs. 1 wird einleitend wie folgt gefaßt:
 „Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
12. Art. 12 wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 „(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung oder einer auf Grund des Absatzes 2 erlassenen Anordnung zuwiderhandelt.“
 b) Absatz 4 wird gestrichen.
13. In Art. 13 Abs. 3 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ sowie die Worte „wenn die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist“ gestrichen.
14. Art. 14 wird wie folgt geändert:
 a) In Absatz 2 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
 b) Absatz 3 wird gestrichen.
15. Art. 14a wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:
 „(4) Wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. einer auf Grund der Absätze 1 oder 2 erlassenen Verordnung,
 2. einer Pflicht nach Absatz 3 zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden, wenn die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.“
 b) Die Absätze 5, 6 und 7 werden gestrichen.
16. In Art. 15 Abs. 3 wird das Wort „zweitausend“ durch das Wort „zweitausendfünfhundert“ ersetzt.
17. In Art. 16 Abs. 3 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
18. Art. 17 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 a) Die Worte „bis zu einhundertfünfzig Deutsche Mark“ werden gestrichen.
 b) Nr. 3 wird gestrichen.
19. Art. 18g wird wie folgt geändert:
 a) In Absatz 2 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
 b) In Absatz 3 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
 c) Die Absätze 4, 5 und 6 werden gestrichen.
20. In Art. 19 Abs. 4 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
21. In Art. 19a Abs. 3 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
22. Art. 20 Abs. 6 wird wie folgt geändert:
 a) Die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ werden gestrichen.
 b) Die Worte „oder als dessen Stellvertreter“ in Nr. 2 werden gestrichen.
23. In Art. 22 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
24. Art. 23 erhält folgende Fassung:
 „Art. 23
 Unerlaubter Verkehr mit Gefangenen
 Mit Geldbuße kann belegt werden, wer mit einem Gefangenen oder einem sonst auf behördliche Anordnung Verwahrten unbefugt in Verkehr tritt, insbesondere ihm etwas übergibt oder von ihm annimmt.“
25. Art. 24 wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 2 wird einleitend wie folgt gefaßt:
 „Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
 b) In Absatz 2 Nr. 3 wird das Wort „vorsätzlich“ gestrichen.
 c) Der letzte Halbsatz des Absatzes 2 wird gestrichen.
26. Art. 25 wird aufgehoben.
27. Art. 26 wird aufgehoben.
28. Art. 27 wird aufgehoben.
29. Art. 28 Abs. 3 wird wie folgt gefaßt:
 „(3) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund des Absatzes 1 oder des Absatzes 2 erlassenen Verordnung oder Anordnung zuwiderhandelt.“
30. Art. 29 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 2 wird einleitend wie folgt gefaßt:
 „Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
 b) Als Nr. 5 wird folgende Vorschrift angefügt:
 „5. als Beteiligter an einem Unfall sich der Feststellung seiner Person oder der Art seiner Beteiligung entzieht.“
31. Art. 30 wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 2 Satz 2 wird gestrichen.
 b) In Absatz 3 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
32. In Art. 30a Abs. 3 werden die Worte „bis zu einhundertfünfzig Deutsche Mark“ gestrichen.
33. Art. 31 wird wie folgt geändert:
 a) In Absatz 2 werden die Worte „von Sitte und Anstand“ durch die Worte „der Sittlichkeit“ ersetzt.
 b) In Absatz 4 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
34. In Art. 32 Abs. 2 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
35. In Art. 33 Abs. 2 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.
36. Art. 35 Abs. 5 wird einleitend wie folgt gefaßt:
 „Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
37. Der Dritte Teil erhält die Überschrift
 „Dritter Teil
 Ergänzende Vorschriften“
38. Die auf Vorschriften des Strafgesetzbuchs hinweisenden Zwischenüberschriften vor den Art. 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45 werden gestrichen.
39. In Art. 36 Abs. 2 wird das Wort „Haft“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
40. Art. 37 erhält folgende Fassung:
 „Art. 37
 Sicherheit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen
 (1) Zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit, Eigentum oder Besitz können die Gemeinden durch Verordnung die Eigentümer und die Nutzungsberechtigten von Grundstücken, die an öffentliche Wege, Straßen oder Plätze angrenzen, verpflichten, an Gebäuden und bei

der Einfriedung von Grundstücken die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

(2) Wer einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.“

41. Art. 38 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

- „(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer
1. ohne die erforderliche Erlaubnis Gifte oder Giftwaren zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst an andere überläßt oder
 2. einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung über das Aufbewahren oder Befördern von Giftwaren oder über die Ausübung der Erlaubnis zum Zubereiten oder Feilhalten von Arzneien zuwiderhandelt.“

b) Absatz 3 wird gestrichen.

42. Art. 38a Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund des Absatzes 1 Nr. 1 bis Nr. 4 erlassenen Verordnung oder einer Anordnung oder Auflage, die auf einer solchen Verordnung beruht, zuwiderhandelt.“

43. Art. 38b wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.

b) Absatz 3 wird gestrichen.

44. Art. 39 erhält folgende Fassung:

„Art. 39

Umgang und Verkehr mit explosionsgefährlichen Stoffen und Zündmitteln

(1) Wer explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel im Sinn des Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1358) in der jeweils geltenden Fassung herstellen, bearbeiten, verarbeiten, wiedergewinnen, aufbewahren, verwenden, vernichten oder erwerben will, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamts, in deren Bereich er mit den explosionsgefährlichen Stoffen und Zündmitteln umgehen will. Den explosionsgefährlichen Stoffen stehen explosionsfähige Stoffe gleich, auf die auf Grund einer Verordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 des Sprengstoffgesetzes das Sprengstoffgesetz ganz oder teilweise anzuwenden ist. Einer Erlaubnis nach Satz 1 steht eine in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland erteilte Erlaubnis im Sinne des Satzes 1 gleich.

(2) Die Erlaubnis ist zu befristen. Sie kann zur Verhütung von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter oder von erheblichen Belästigungen für die Allgemeinheit oder Nachbarschaft auch nachträglich inhaltlich beschränkt oder mit Auflagen verbunden werden. Solche Auflagen können auch eine angemessene Haftpflichtversicherung des Antragstellers vorsehen.

(3) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. der Antragsteller das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat,
2. Umstände darauf schließen lassen, daß der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit, Sachkunde oder körperliche Eignung nicht besitzt,
3. ein besonderes Bedürfnis nicht nachgewiesen ist,
4. inhaltliche Beschränkungen oder Auflagen zum Schutz der in Abs. 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter nicht ausreichen oder
5. die explosionsgefährlichen Stoffe nicht auf Grund des Sprengstoffgesetzes zugelassen sind.

(4) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, daß Versagungsgründe bei der Erteilung vorlagen. Sie ist zu widerrufen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die die Versagung rechtfertigen würden.

(5) Explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel dürfen nur jemandem überlassen werden, der eine Erlaubnis nach Absatz 1 oder nach anderen Rechtsvorschriften für den Erwerb besitzt, soweit diese Erlaubnis reicht. Wer einem anderen explosionsgefährliche Stoffe überläßt, hat die Art und Menge der überlassenen Gegenstände, den Tag des Überlassens und seinen Namen samt Anschrift unverzüglich dauerhaft auf dem Erlaubnisschein zu vermerken.

(6) Das Staatsministerium des Innern kann durch Verordnung

1. bestimmen, daß die Absätze 1 bis 3 unter bestimmten Voraussetzungen oder auf bestimmte explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel ganz oder teilweise nicht anzuwenden sind, soweit der Schutz der in Abs. 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter die Anwendung dieser Vorschriften nicht erfordert,
2. zum Schutz der in Absatz 2 Satz 2 bezeichneten Rechtsgüter die fachlichen Anforderungen für den Nachweis der Sachkunde (Abs. 3 Nr. 2), ferner das Prüfungsverfahren hierfür und das Erlaubnisverfahren regeln.

(7) Nach § 30 Abs. 2 Nr. 5, Abs. 3 und 4 des Sprengstoffgesetzes wird

1. mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer ohne die nach Absatz 1 erforderliche Erlaubnis oder entgegen Absatz 5 Satz 1 explosionsgefährliche Stoffe oder Zündmittel herstellt, bearbeitet, verarbeitet, wiedergewinnt, aufbewahrt, verwendet, vernichtet, erwirbt oder anderen überläßt,
2. mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft, wer wissentlich durch eine in Nr. 1 bezeichnete Handlung Leib oder Leben eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet,
3. mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe oder einer dieser Strafen bestraft, wer eine in Nr. 1 bezeichnete Handlung fahrlässig begeht.

(8) Nach § 32 Abs. 1 Nr. 14, Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes kann mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Auflagen nach Absatz 2 Satz 2 nicht erfüllt,
2. einen nach Absatz 5 Satz 2 erforderlichen Vermerk nicht vorschriftsmäßig anbringt.

(9) Die Absätze 1 bis 8 sind nicht anzuwenden

1. in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
2. auf Munition und andere Gegenstände, die ihr nach waffenrechtlichen Vorschriften gleichstehen,
3. auf pyrotechnische Gegenstände.“

45. Nach Art. 39 wird folgender Art. 39a eingefügt:

„Art. 39a

Umgang und Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen

(1) Wer pyrotechnische Gegenstände im Sinn des Sprengstoffgesetzes herstellen, bearbeiten oder verarbeiten will, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamts. Art. 39 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 bis 4 und 6 ist entsprechend anzuwenden.

(2) Pyrotechnische Gegenstände der Klasse II darf nur erwerben, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat.

(3) Pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV und T darf erwerben, wer eine Erlaubnis nach Art. 40 besitzt, die sich auf Gegenstände dieser Art und Menge bezieht. Art. 39 Abs. 1 Satz 3 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Wer pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV oder T erwerben will, ohne eine Erlaubnis nach Art. 40 zu besitzen, die sich auf Gegenstände dieser Art und Menge bezieht, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamts, in deren Bereich er wohnt oder sich nicht nur vorübergehend aufhält. Art. 39 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 bis 4 und 6 ist entsprechend anzuwenden.

(5) Pyrotechnische Gegenstände der Klassen II bis IV und T dürfen nur jemandem überlassen werden, der nach Abs. 2 bis 4 oder nach anderen Rechtsvorschriften zum Erwerb berechtigt ist. Wer einem anderen pyrotechnische Gegenstände der Klassen III, IV oder T überläßt, hat einen Vermerk nach Art. 39 Abs. 5 Satz 2 unverzüglich dauerhaft auf dem Erlaubnisschein anzubringen, sofern er nicht eine Zweitschrift des Erlaubnisscheines erhält.

(6) Nach § 32 Abs. 1 Nr. 14, Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes kann mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. pyrotechnische Gegenstände ohne die nach Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 oder 4 Satz 1 erforderliche Erlaubnis herstellt, bearbeitet, verarbeitet oder erwirbt,
2. Auflagen nach Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 4 Satz 2 nicht erfüllt,
3. entgegen Absatz 5 Satz 1 pyrotechnische Gegenstände einem anderen überläßt oder
4. einen nach Absatz 5 Satz 2 erforderlichen Vermerk nicht vorschriftsmäßig anbringt.

(7) Die Absätze 1 bis 6 sind nicht anzuwenden

1. in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
2. auf Munition und andere Gegenstände, die ihr nach waffenrechtlichen Vorschriften gleichstehen.

46. Art. 40 erhält folgende Fassung:

„Art. 40

Schießen, Verwenden pyrotechnischer Gegenstände

(1) Wer

1. mit einer Schußwaffe (§ 1 Abs. 1 und 2 des Bundeswaffengesetzes) schießen oder
 2. pyrotechnische Gegenstände im Sinn des Sprengstoffgesetzes und der darauf beruhenden Rechtsvorschriften verwenden
- will, bedarf der Erlaubnis der kreisfreien Gemeinde oder des Landratsamtes, in deren Bereich er tätig werden will. Art. 39 Abs. 2, 3 Nr. 1 bis 4 und Abs. 4, in den Fällen des vorstehenden Satzes 1 Nr. 2 auch Art. 39 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 6 sind entsprechend anzuwenden.

(2) Die Erlaubnis zum Schießen mit Kartuschenmunition oder mit Böllern kann widerrufen auf die Dauer von höchstens fünf Jahren auch Vereinigungen erteilt werden, bei denen es von alters her gebräuchlich ist, aus feierlichen Anlässen mit Schußwaffen zu schießen, wenn gewährleistet ist, daß die erforderliche Sorgfalt beachtet wird.

(3) Mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark kann — soweit pyrotechnische Gegenstände verwendet werden, gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 14 Abs. 2 des Sprengstoffgesetzes — belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ohne die nach Absatz 1 erforderliche Erlaubnis mit einer Schußwaffe schießt oder pyrotechnische Gegenstände verwendet oder

2. die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht erfüllt.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden

1. auf das Schießen

- a) in rechtmäßiger Ausübung der Jagd mit zulässigem Jagdgerät, einschließlich des Anschießens im Revier oder an sonstigen geeigneten Örtlichkeiten,
- b) auf einer Schießstätte, soweit die Erlaubnis für diese reicht,
- c) mit Schußapparaten zu technischen Zwecken,
- d) mit Schußwaffen in geschlossenen Räumen, wenn die Bewegungsenergie der Geschosse nicht mehr als 0,75 Meterkilopond beträgt und die Geschosse die geschlossenen Räume nicht verlassen können,
- e) mit Kartuschenmunition durch Mitwirken an Theateraufführungen und diesen gleichzuachtenden Vorführungen,
- f) mit Kartuschenmunition zum Geben von Startzeichen durch die Veranstalter oder deren Beauftragte,

2. auf die bestimmungsmäßige Verwendung zugelassener pyrotechnischer Gegenstände

- a) in den Fällen des § 1 Absätze 1 bis 3 des Sprengstoffgesetzes,
- b) der Klasse I,
- c) der Klasse II in der Silvesternacht,

3. auf das Schießen und das Verwenden pyrotechnischer Gegenstände

- a) in den Fällen der Notwehr, des Notstands, oder in hilfloser Lage zum Herbeiholen von Hilfe,
- b) in Ausübung hoheitlicher Tätigkeit.“

47. Art. 41 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ein gefährliches wildes Tier ohne die erforderliche Erlaubnis hält oder
2. die mit der Erlaubnis verbundenen Auflagen nicht erfüllt.“

48. Art. 43 wird aufgehoben.

49. Art. 44 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund der Absätze 1 bis 3 erlassenen Verordnung oder einer Anordnung, die auf Grund einer solchen Verordnung getroffen wurde, vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt.“

b) In Absatz 6 werden die Worte „bis zu eintausend Deutsche Mark“ gestrichen.

c) Absatz 7 wird gestrichen.

50. In Art. 44a Abs. 3 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.

51. Der Vierte Teil (Art. 46 und 47) wird aufgehoben.

52. In Art. 76 Abs. 2 wird die Zahl „1970“ durch die Zahl „1971“ ersetzt.

53. Die dem Gesetz vorangestellte Inhaltsübersicht wird entsprechend den Nrn. 1—51 geändert.

54. Die Staatsministerien des Innern und der Justiz werden ermächtigt, den Wortlaut des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes in der sich aus diesem Gesetz und anderen Änderungsgesetzen ergebenden Fassung neu bekannt zu machen.

Zweiter Abschnitt

Änderung sonstiger Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

§ 2

Naturschutz-Ergänzungsgesetz

Das Gesetz zum Schutz der wildwachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wildlebenden Tiere (Naturschutz-Ergänzungsgesetz — NatEG) vom 29. Juni 1962 (GVBl. S. 95) wird wie folgt geändert:

1. Art. 22 erhält folgende Fassung

„Art. 22

Ordnungswidrigkeiten

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. a) den Vorschriften der Art. 1, 2, 5 Abs. 1 oder 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1, Art. 9, 10 Abs. 2, Art. 11 Abs. 4 oder 5, Art. 14, 15 Abs. 1, Art. 16 oder 18 Abs. 1 oder
- b) den Vorschriften einer auf Grund der Art. 5 Abs. 3, Art. 6 Abs. 2, Art. 10 Abs. 4, Art. 15 Abs. 2 oder Art. 20 Abs. 4 erlassenen Rechtsverordnung oder
- c) einer Anordnung nach Art. 12 oder einer auf Grund dieses Gesetzes oder einer hierauf gestützten Rechtsverordnung erteilten Auflage zuwiderhandelt oder
2. in den Fällen der Art. 3, 4, 7, 8 Abs. 2 oder Art. 11 Abs. 1 oder 3 ohne die erforderliche Erlaubnis handelt oder
3. entgegen den Vorschriften des Art. 20 Abs. 1 bis 3 es unterläßt, Buch zu führen oder die geführten Bücher einem Polizeibeamten oder einem Beauftragten für Naturschutz auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen, oder
4. entgegen der Vorschrift des Art. 7 Abs. 6 oder des Art. 11 Abs. 7 den Erlaubnisschein nicht mit sich führt oder einem Polizeibeamten oder einem Beauftragten für Naturschutz auf Verlangen nicht zur Prüfung aushändigt oder
5. entgegen der Vorschrift des Art. 19 die Herkunft der dort genannten Sachen einem Polizeibeamten oder einem Beauftragten für Naturschutz nicht nachweist.“
2. In Art. 23 Abs. 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
3. Art. 24 erhält folgende Fassung:

„Art. 24

Einziehung

Die durch eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten oder die zu ihrer Begehung gebrauchten oder dazu bestimmten Gegenstände einschließlich der bei der Straftat oder Ordnungswidrigkeit verwendeten Verpackungs- und Beförderungsmittel können eingezogen werden. Es können auch Gegenstände eingezogen werden, auf die sich die Straftat oder Ordnungswidrigkeit bezieht. § 40 a des Strafgesetzbuchs und § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.“

§ 3

Gesetz Nr. 17 über den Entzug der unter der nationalsozialistischen Herrschaft verliehenen Titel

Das Gesetz Nr. 17 über den Entzug der unter der nationalsozialistischen Herrschaft verliehenen Titel vom 20. Mai 1946 (BayBS I S. 309) wird aufgehoben. Soweit auf Grund dieses Gesetzes Titel entzogen wurden, hat es dabei sein Bewenden.

§ 4

Gesetz über die Presse

Das Gesetz über die Presse vom 3. Oktober 1949 (BayBS I S. 310) zuletzt geändert durch Gesetz vom

25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 wird das Wort „Reichsstrafgesetzbuchs“ ersetzt durch das Wort „Strafgesetzbuchs“.
2. § 5 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
 - „(2) Als verantwortlicher Redakteur darf nicht tätig sein und beschäftigt werden, wer
 1. seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hat,
 2. infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter, die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, oder das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, nicht besitzt,
 3. nicht unbeschränkt geschäftsfähig ist.“
3. In § 11 Abs. 3 werden die Worte „Geldstrafe und Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe“ ersetzt.
4. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird einleitend wie folgt gefaßt:

„Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist:“
 - b) In Absatz 1 Buchst. c Satz 2 wird das Wort „Strafverfolgung“ durch das Wort „Verfolgung“ und in Satz 4 das Wort „Verurteilung“ durch das Wort „Ahnung“ ersetzt.
 - c) In Absatz 1 Buchst. d Satz 2 wird das Wort „Strafverfolgung“ durch das Wort „Verfolgung“ ersetzt.
 - d) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) In den Fällen der Buchstaben a) und b) kann auf Einziehung der Druckwerke und des zu ihrer Herstellung verwendeten Materials erkannt werden. § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.“
5. In § 14 werden die Worte „Geldstrafe und mit Gefängnis bis zu einem Jahr“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe“ ersetzt.

§ 5

Gesetz Nr. 61 zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik

Art. 11 des Gesetzes Nr. 61 zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Statistik vom 28. Februar 1947 (BayBS I S. 317) wird aufgehoben.

§ 6

Bayerisches Sammlungsgesetz

Das Bayerische Sammlungsgesetz (BaySammlG) vom 11. Juli 1963 (GVBl. S. 147) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 10 werden die Absätze 3 und 4 gestrichen.
2. Art. 11 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „nach den §§ 18 bis 26 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten“ gestrichen.
 - b) Folgender Satz 2 wird eingefügt:

„§ 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.“
 - c) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
3. Art. 12 wird aufgehoben.

§ 7

Polizeistrafgesetzbuch

Das Polizeistrafgesetzbuch für Bayern vom 26. Dezember 1871 (BayBS I S. 341), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Art. 43 erhält folgende Fassung:

„Mit Geldbuße kann belegt werden, wer

1. als Totenbeschauer oder als Person, die aus dem Reinigen und Ankleiden der Leichen ein Gewerbe macht, nicht unverzüglich der Verwaltungsbehörde Anzeige macht, wenn er bei Ausübung seines Berufs von Todesfällen Kenntnis erlangt, die den Verdacht eines gewaltsamen Todes erregen, oder
 2. bei der Öffnung einer Leiche die Spuren eines an dem Verstorbenen verübten Verbrechens entdeckt und nicht sogleich mit der Öffnung der Leiche einhält und der Verwaltungsbehörde oder dem Staatsanwalt Anzeige macht.“
2. Art. 60 wird einleitend wie folgt gefaßt:
„Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
3. Art. 61 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird einleitend wie folgt gefaßt:
„Mit Geldbuße kann belegt werden:“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Nr. 4 und erhält folgende Fassung:
„4. wer als Totengräber den gesetzlichen Vorschriften oder den besonders bekanntgemachten Anordnungen der Verwaltungsbehörde über Anlage, Tiefe, Ordnung und Öffnung der Gräber zuwiderhandelt.“
4. Art. 72a wird einleitend wie folgt gefaßt:
„Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.

§ 8

Gesetz Nr. 41 über das Feuerlöschwesen

Das Gesetz Nr. 41 über das Feuerlöschwesen vom 17. Mai 1946 (BayBS I S. 353), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift vor Art. 19 wird in „Ordnungswidrigkeiten“ geändert.
2. Art. 19 erhält folgende Fassung:
„Art. 19
I. Mit Geldbuße kann belegt werden, wer der Heranziehung zur Pflichtfeuerwehr (Art. 6 Abs. III) oder der Heranziehung zu einzelnen Dienstleistungen (Art. 6 Abs. IV) keine Folge leistet.
II. Mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer als Betriebsinhaber der Anordnung zur Einrichtung einer Werkfeuerwehr (Art. 9 Abs. I S. 2) nicht oder nicht in vollem Umfang nachkommt.“

§ 9

Gesetz über die Schaffung eines Feuerwehr-Ehrenzeichens

Art. 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Schaffung eines Feuerwehr-Ehrenzeichens vom 28. April 1953 (BayBS I S. 359) wird wie folgt gefaßt:

„(3) Das Feuerwehr-Ehrenzeichen darf nicht an Personen verliehen werden, die infolge Richterspruchs die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, nicht besitzen.“

§ 10

Gesetz zur Ausführung und Ergänzung des Sicherheitsfilmgesetzes

Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung und Ergänzung des Sicherheitsfilmgesetzes vom 14. Juli 1958 (GVBl. S. 161), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt gefaßt:

„(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt.“

§ 11

Gesetz über die Prüfung der Filmvorführer

Art. 4 des Gesetzes über die Prüfung der Filmvorführer vom 3. Juli 1951 (BayBS I S. 374), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), erhält folgende Fassung:

„Art. 4

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Bildwerfer zur Vorführung mit Normalfilm (Nitrofilm) ohne einen in Bayern gültigen Vorführschein selbständig bedient oder
2. als Filmtheaterbesitzer oder Veranstalter von Filmvorführungen einen Filmvorführer ohne einen in Bayern gültigen Vorführschein mit der Vorführung von Normalfilm beschäftigt.“

§ 12

Meldegesetz

In Art. 17 des Gesetzes über das Meldewesen (Meldegesetz) vom 28. November 1960 (GVBl. S. 263) werden die Worte „bis zu dreihundert Deutschen Mark“ gestrichen.

§ 13

Landfahrerverordnung

1. Die Landfahrerverordnung vom 22. Dezember 1953 (BayBS I S. 424) und die Verordnung über das Mitführen von Einhufern durch Landfahrer vom 22. Dezember 1953 (BayBS II S. 255) und die Bekanntmachung zur Ausführung der Landfahrerverordnung vom 22. Dezember 1953 (BayBS I S. 426) werden aufgehoben.
2. In Art. 17 Abs. 1 des Volksschulgesetzes vom 17. November 1966 (GVBl. S. 402) wird Satz 2 gestrichen.
3. Dem Art. 4 Abs. 2 des Schulpflichtgesetzes vom 15. April 1969 (GVBl. S. 97) wird folgender Satz angefügt:

„Unstet umherziehende Personen dürfen schulpflichtige Kinder, Jugendliche und Heranwachsende nicht mitführen.“

§ 14

Polizeiaufgabengesetz

Das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei in Bayern (Polizeiaufgabengesetz — PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 1963 (GVBl. S. 95), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 1968 (GVBl. S. 243), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 5 Abs. 2 Nr. 1 werden nach dem Wort „Strafe“ die Worte „oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße“ eingefügt.
2. Dem Art. 14 Abs. 1 werden folgende Nrn. 5 bis 7 angefügt:
„5. zur Feststellung, ob diese Person unstet umherzieht, sofern bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie keinen festen Wohnsitz hat,
6. zur Überprüfung von Orten, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sich dort Verurteilte oder unerlaubt aufhaltende Personen versteckt halten, treffen oder mit Strafen bedrohte oder verfassungsfeindliche Handlungen verabreden,
7. zur Sicherung von Flugplätzen, Bahnanlagen, Versorgungsanlagen und -einrichtungen, Amtsgebäuden oder ausländischen Vertretungen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß Verbrechen oder Vergehen in oder an Objekten dieser Art begangen werden sollen.“
3. Art. 16 erhält folgende Fassung:

„Art. 16

Die Polizei kann unter den Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 jemanden vorübergehend von einem Ort verweisen oder ihm vorübergehend das Betreten eines Orts verbieten (Platzverweis).“

4. In Art. 18 Nr. 2 werden nach dem Wort „Strafe“ die Worte „oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße“ eingefügt.

5. In Art. 23 Abs. 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Strafe“ die Worte „oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße“ eingefügt.

6. In Art. 29 Abs. 1 Satz 2 wird das Wort „drei“ durch das Wort „sieben“ ersetzt.

7. In Art. 33 Abs. 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Strafe“ die Worte „oder als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße“ eingefügt.

8. Art. 34 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Art. 18 oder 19“ durch die Worte „Art. 17, 18 oder 19 oder nach anderen Rechtsvorschriften“ ersetzt.

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum kann die Polizei nur bei Gefahr im Verzug durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß dabei Gegenstände gefunden werden, die der Sicherstellung nach Art. 23 unterliegen, oder daß darin eine Person verborgen ist, die nach Art. 17, 18 oder 19 oder nach anderen Rechtsvorschriften in Gewahrsam genommen werden kann. Art. 33 Abs. 1 Satz 1 gilt entsprechend.“

9. Nach Art. 34 wird folgender Art. 34a eingefügt:

„Art. 34a

Die Polizei kann Personen und Sachen in Objekten im Sinne des Art. 14 Abs. 1 Nr. 7 durchsuchen, wenn bestimmte Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß Verbrechen oder Vergehen an Objekten dieser Art begangen werden sollen.“

10. Art. 37 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Unter den Voraussetzungen des Art. 5 Abs. 2 kann die Polizei jederzeit betreten

1. Wohnungen von Personen, die unter Polizeiaufsicht stehen,
2. Räume, die jedem zugänglich sind,
3. sonstige Räume, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sich dort Verurteilte oder unerlaubt aufhaltende Personen versteckt halten, treffen oder mit Strafe bedrohte oder verfassungsfeindliche Handlungen verabreden.“

11. In Art. 42 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a werden die Worte „mit Ausnahme der Haft und des Strafarrests“ durch die Worte „wegen eines Verbrechens oder Vergehens mit Ausnahme des Strafarrests“ ersetzt.

12. Die Überschrift des Abschnitts III, Unterabschnitt 6, erhält folgende Fassung:

„6. Verwarnung“

13. Art. 46 erhält folgende Fassung:

„Art. 46

Die im Einzeldienst verwendeten Dienstkräfte der Landpolizei, der Grenzpolizei und der Gemeindepolizei, die sich durch ihre Dienstkleidung oder in anderer Weise ausweisen, können wegen einer Übertretung, die sie entdecken oder im ersten Zugriff verfolgen, den Täter verwarnen und ein Verwarnungsgeld von zwei bis zwanzig Deutsche Mark erheben, wenn seine Schuld gering ist, es sei denn, daß ein öffentliches Interesse an einer strafgerichtlichen Entscheidung besteht. § 56 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis 4 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten gilt entsprechend.“

14. Art. 49 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Maßnahmen der Polizei, die diese als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft getroffen hat.“

§ 15

Polizeiorganisationsgesetz

1. Art. 3 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Organisation der Polizei in Bayern (Polizeiorganisationsgesetz — POG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juli 1968 (GVBl. S. 263) wird wie folgt gefaßt:

„Zur Verwarnung von Verkehrsteilnehmern, die die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung über das Halten und Parken oder die Vorschriften des § 29 der Straßenverkehrszulassungsordnung über die Untersuchung von Fahrzeugen nicht beachten, können auch Angestellte ermächtigt werden; sie sind insoweit Polizeibeamte im Sinne des § 57 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten.“

2. In Art. 11 Abs. 2 Satz 2, Art. 20 Abs. 3 Satz 2 und Art. 26 Abs. 4 Satz 2 wird jeweils das Wort „gebührenpflichtige“ gestrichen.

3. In Art. 40 Abs. 1 Nr. 4 werden die Worte „§ 9 des Sprengstoffgesetzes“ durch die Worte „§ 30 des Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe“ ersetzt.

§ 16

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz

Art. 2 des Gesetzes über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vom 22. November 1950 (BayBS I S. 434) erhält folgende Fassung:

„Art. 2

Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist

1. die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Land oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben, einschließlich sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht im Bundesgebiet,

Ausländer, soweit deren Bestrebungen geeignet sind, die innere oder äußere Sicherheit oder auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen,

und

2. die Unterrichtung der Ämter für Verfassungsschutz des Bundes oder der Länder über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen es Kenntnis erhält und die für den Bund oder das betreffende Land von Wichtigkeit sind.“

§ 17

Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

Die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. Januar 1952 (BayBS I S. 461), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 1970 (GVBl. S. 73), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 19 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.

2. In Art. 20 Abs. 3 wird das Wort „Buße“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.

3. Art. 24 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 2 werden die Worte „bis zu 500 DM“ gestrichen.

b) Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.

4. In Art. 48 Abs. 2 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.

§ 18

Landkreisordnung für den Freistaat Bayern

Die Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. Februar 1952 (BayBS I S. 515), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Mai 1970 (GVBl. S. 183), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 13 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
2. In Art. 14 Abs. 3 wird das Wort „Buße“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
3. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Worte „bis zu 500 DM“ gestrichen.
 - b) Die Sätze 3 und 4 werden gestrichen.
4. Art. 42 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Worte „Die Geldbußen fließen“ durch die Worte „Das Ordnungsgeld fließt“ ersetzt.

§ 19

Bezirksordnung für den Freistaat Bayern

Die Bezirksordnung für den Freistaat Bayern vom 27. Juli 1953 (BayBS I S. 529), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 1970 (GVBl. S. 73), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 13 Abs. 3 Satz 2 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
2. In Art. 14 Abs. 3 wird das Wort „Buße“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
3. Art. 18 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Worte „bis zu 500 DM“ gestrichen.
 - b) Die Sätze 2 und 3 werden gestrichen.
4. Art. 39 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Ordnungsgeld“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden die Worte „Geldbußen werden als Einnahmen“ durch die Worte „Ordnungsgeld wird als Einnahme“ ersetzt.

§ 20

Feldgeschworenenordnung

Die Feldgeschworenenordnung vom 27. November 1933 (BayBS I S. 594), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„II. Nicht wählbar sind Personen,

 1. die entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft stehen,
 2. die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen,
 3. die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche in einer Heil- oder Pflegeanstalt untergebracht sind,
 4. die sich in Straf- oder Untersuchungshaft befinden,
 5. die infolge gerichtlicher Anordnung in Verwahrung gehalten werden.“
2. § 20 Nr. 4 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„Feldgeschworene, die eine Grenze abmarken, die nicht unbestritten oder unzweifelhaft feststeht, können nach Art. 28 Ziff. 1 AbmG mit Geldbuße belegt werden.“
3. § 27 erhält folgende Fassung:

„§ 27

Wer unbefugt Grenzzeichen, Aussteckungspflöcke und andere Merkmale, die zur Abmarkung von den zuständigen Behörden, Stellen oder Personen angebracht wurden, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, beschädigt oder verrückt, kann nach Art. 28 Ziff. 2 AbmG mit Geldbuße belegt werden, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.“

4. § 28 erhält folgende Fassung:

„§ 28

Wer eine der in § 26 Abs. I und II erwähnten Anzeigen unterläßt, kann nach Art. 28 Ziff. 3 AbmG mit Geldbuße belegt werden.“

§ 21

Verordnung Nr. 26 über die Nachforschungen nach Vermißten

§ 3 der Verordnung Nr. 26 über die Nachforschungen nach Vermißten vom 26. November 1945 (BayBS II S. 12) wird aufgehoben.

§ 22

Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens

Das Gesetz zur Regelung des ärztlichen Niederlassungswesens vom 23. Dezember 1948 (BayBS II S. 62) wird aufgehoben.

§ 23

Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten

Art. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Ausübung der Berufe des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten (AGMKG) vom 10. Juli 1961 (GVBl. S. 183) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 zweiter Halbsatz werden die Worte „bis zu 150 Deutschen Mark“ gestrichen.
2. Absatz 3 wird gestrichen.

§ 24

Gesetz zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Ausübung des Berufs der medizinisch-technischen Assistentin

Art. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über die Ausübung des Berufs der medizinisch-technischen Assistentin (AGMAG) vom 10. Juli 1961 (GVBl. S. 182) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 zweiter Halbsatz werden die Worte „bis zu 150 Deutschen Mark“ gestrichen.
2. Absatz 3 wird gestrichen.

§ 25

Gesetz Nr. 89 über die Meldepflicht von Fehl- und Frühgeburten

Das Gesetz Nr. 89 über die Meldepflicht von Fehl- und Frühgeburten vom 14. November 1947 (BayBS II S. 106) wird aufgehoben.

§ 26

Gesetz über Röntgenreihenuntersuchungen

Art. 6 des Gesetzes über Röntgenreihenuntersuchungen vom 6. Juli 1953 (BayBS II S. 114), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird aufgehoben.

§ 27

Apothekengesetz

Das Gesetz über das Apothekenwesen (Apothekengesetz) vom 16. Juni 1952 (BayBS II S. 307), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des VI. Abschnitts wird geändert in „Straf- und Bußgeldvorschriften“.
2. Art. 26 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 26

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig Arzneimittel entgegen Art. 19 oder Art. 23 Abs. 2 abgibt.

(2) Mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. die durch Art. 25 auferlegte Verpflichtung verletzt;
2. den Bestimmungen der auf Grund des Art. 18 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt.“

§ 28

Architektengesetz

Art. 5 Abs. 1 Nr. 1 und Art. 8 Abs. 2 des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung Architekt (Architektengesetz) vom 23. Januar 1954 (BayBS II S. 415) werden aufgehoben.

§ 29

Bayerische Bauordnung

In Art. 9 Abs. 4 der Bayerischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1969 (GVBl. S. 263) werden die Worte „Nr. 2“ gestrichen.

§ 30

Lagerverordnung

§ 21 der Landesverordnung über das Lagern wassergefährdender Flüssigkeiten und die Anzeige bestehender Anlagen zum Lagern und Ablagern fester, flüssiger oder gasförmiger Stoffe (Lagerverordnung — VLwF) vom 23. Juli 1965 (GVBl. S. 202) wird aufgehoben.

§ 31

Landeswohnungsordnung

Art. 34 des Gesetzes über die Wohnungsaufsicht (Landeswohnungsordnung) vom 8. Februar 1937 (BayBS II S. 463), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt gefaßt:

„Art. 34

Bußgeldvorschriften

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. den Vorschriften der Art. 17 oder 33 oder einer auf Grund des Art. 20 Absatz II und III erlassenen Kreis- oder Ortsvorschrift zuwiderhandelt oder
2. einer schriftlichen Verfügung der Gemeinde, die auf Grund der Bestimmungen des Dritten Abschnitts dieses Gesetzes und der hierzu ergangenen Vollzugsvorschriften, Kreis- und Ortsvorschrift gegen ihn erlassen ist (Art. 37), nicht Folge leistet oder zuwiderhandelt.“

§ 32

Bayerisches Wassergesetz

In Art. 95. des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) vom 26. Juli 1962 (GVBl. S. 143) werden die Absätze 3 und 4 gestrichen.

§ 33

Bayerisches Straßen- und Wegegesetz

Art. 66 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1968 (GVBl. S. 64) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird geändert in „Bußgeldvorschriften“.
2. Absatz 1 wird gestrichen.
3. Absatz 2 wird einziger Absatz. Nach Nr. 7 wird folgende Nr. 8 angefügt:
„8. einer auf Grund des Art. 51 Abs. 4 oder 5 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt.“

§ 34

Naturschutzgesetz

Das Naturschutzgesetz vom 26. Juni 1935 (BayBS ErgB S. 1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift des VI. Abschnitts wird in „Straf- und Bußgeldvorschriften“ geändert.
2. § 21 wird wie folgt gefaßt:

„§ 21

Strafbare Handlungen und Ordnungswidrigkeiten

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den im § 16 zur Erhaltung von Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten enthaltenen Verboten oder den auf Grund der Bestimmungen

- a) des § 11 Abs. 1 Satz 1 zum Schutze von Pflanzen und Tieren,
 - b) des § 15 Abs. 1 Satz 2 für Naturschutzgebiete,
 - c) des § 19 Abs. 1 zum Schutze von Landschaftsteilen
- von der obersten Naturschutzbehörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer den auf Grund der Bestimmungen

- a) des § 15 Abs. 1 für Naturdenkmale oder Naturschutzgebiete,
 - b) des § 17 Abs. 3 zur einstweiligen Sicherstellung von Naturdenkmälern, Naturschutzgebieten oder sonstigen Landschaftsteilen,
 - c) des § 19 Abs. 1 zum Schutze von Landschaftsteilen
- von den höheren oder unteren Naturschutzbehörden allgemein oder für den Einzelfall getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt.

3. § 22 erhält folgende Fassung:

„§ 22

Einziehung

Die durch die Tat gewonnenen oder erlangten oder die zu ihrer Begehung gebrauchten oder dazu bestimmten Gegenstände einschließlich der bei der Tat verwendeten Verpackungs- und Beförderungsmittel können eingezogen werden. § 40a des Strafgesetzbuches und § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.“

§ 35

Gesetz über die Zulassung öffentlicher Spielbanken

In § 2 des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken vom 14. Juli 1933 (BayBS ErgB S. 8) wird die Zahl „285a“ durch die Zahl „285b“ ersetzt.

§ 36

Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden

§ 9 Sätze 2 und 3 des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 (BayBS ErgB S. 10) erhalten folgende Fassung:
„Wer dieser Vorschrift unbefugt zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Verletzten ein.“

§ 37

Aufhebung sprengstoffrechtlicher Vorschriften

(1) Aufgehoben werden:

1. das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (BayBS ErgB S. 14),
2. die Verordnung über Ausnahmen von der Erlaubnis- und Registerführungspflicht nach § 1 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen (Ausnahmeverordnung zum Sprengstoffgesetz — SprengstAusnV —) vom 18. Februar 1954 (BayBS I S. 400), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. Juli 1969 (GVBl. S. 194),

3. die Bekanntmachung zum Vollzug der Verordnung über Ausnahmen von der Erlaubnis- und Registerführungspflicht nach § 1 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 12. Mai 1954 (BayBS I S. 401),
4. die Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen in der Fassung vom 10. Oktober 1956 (BayBS I S. 402), geändert durch Verordnung vom 27. August 1959 (GVBl. S. 220),
5. die Landesverordnung über Sprengstoff-erlaubnis-schein- und Sprengstoffregister (Sprengstoff-erlaubnis-scheinverordnung — SprengstErlSchein-V —) vom 6. Dezember 1956 (BayBS I S. 411), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. April 1964 (GVBl. S. 88),
6. die Bekanntmachung zum Vollzug der Landesverordnung über Sprengstoff-erlaubnis-schein- und Sprengstoffregister vom 6. Dezember 1956 (BayBS I S. 413), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 2. Mai 1967 (MABl. S. 252),
7. die Bekanntmachung zum Vollzug der Verordnung über den Verkehr mit pyrotechnischen Gegenständen vom 13. Dezember 1956 (BayBS I S. 407),
8. die Verordnung über die Zulassung von Sprengmitteln für den Bergbau (Bergbausprengmittelverordnung) vom 25. November 1956 (BayBS IV S. 247), geändert durch Landesverordnung vom 9. Oktober 1965 (GVBl. S. 326).

(2) Soweit die Art. 39, 39a und 40 des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes reichen, sind nicht mehr anzuwenden:

1. die Landesverordnung über die Lagerung von Ammoniumnitrat und von Ammoniumnitrat in Mischungen vom 6. Juni 1959 (GVBl. S. 195, ber. S. 240), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. August 1962 (GVBl. S. 223),
2. die Landesverordnung über die Lagerung von Sprengstoffen (SprengstLagV) vom 27. August 1959 (GVBl. S. 220), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. April 1964 (GVBl. S. 88),
3. die Landesverordnung über die Verwendung von Sprengstoffen zu Sprengarbeiten (Sprengstoffverwendungsverordnung — SprengstVerwV) vom 27. August 1959 (GVBl. S. 224), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. April 1964 (GVBl. S. 88).

§ 38

Tierschutzgesetz

Das Tierschutzgesetz vom 24. November 1933 (BayBS ErgB S. 91) wird wie folgt geändert:

1. In § 9 Abs. 1 und 2 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
2. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10

Ist eine in § 9 mit Strafe bedrohte Handlung begangen worden, so kann das Tier eingezogen werden, wenn es dem Täter oder Teilnehmer zur Zeit der Entscheidung gehört.“

§ 39

Gesetz über das Schlachten von Tieren

In § 3 des Gesetzes über das Schlachten von Tieren vom 2. April 1933 (BayBS ErgB S. 94) wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

Dritter Abschnitt

Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

§ 40

Rundfunkgesetz

Das Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische

Rundfunk“ in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Dezember 1959 (GVBl. S. 314), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Art. 18 erhält folgende Fassung:

„Art. 18

Verweigert der Intendant die gemäß Art. 17 Abs. 1 gewährte Verbreitung der Gegendarstellung über den Rundfunk, so kann er mit Geldbuße belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist. Die Tat wird nur auf Antrag der betroffenen Person oder Behörde verfolgt. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.“

2. In Art. 19 Abs. 4 werden die Worte „Geldstrafe und Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe“ ersetzt.

§ 41

Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

In Art. 39 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG) vom 9. März 1960 (GVBl. S. 19) wird Absatz 4 gestrichen.

§ 42

Gesetz über die Führung akademischer Grade

In § 5 des Gesetzes über die Führung akademischer Grade vom 7. Juni 1939 (BayBS ErgB S. 115) wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

Vierter Abschnitt

Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

§ 43

Gesetz über die öffentliche Bestellung und allgemeine Beerdigung von Dolmetschern und Übersetzern

Art. 13 des Gesetzes über die öffentliche Bestellung und allgemeine Beerdigung von Dolmetschern und Übersetzern vom 21. Oktober 1953 (BayBS III S. 40) wird wie folgt gefaßt:

„Art. 13

Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, wer sich unbefugt als öffentlich bestellter und allgemein beerdigter Dolmetscher (Übersetzer) bezeichnet oder eine Bezeichnung führt, die damit verwechselt werden kann.“

§ 44

Gesetz, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaften betreffend

In Art. 38 Abs. 3 des Gesetzes, die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Gesellschaften betreffend, vom 29. April 1869 (BayBS III S. 135) werden die Worte „sowie wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte“ gestrichen.

§ 45

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

Art. 65 des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 (BayBS III S. 223) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren“ ersetzt.
2. Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.

§ 46

Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch Justizbedienstete

In Art. 9 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch Justiz-

bedienstete vom 13. Dezember 1968 (GVBl. S. 404) werden die Worte „Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe“ durch die Worte „Freiheitsstrafe wegen eines Verbrechens oder Vergehens“ ersetzt.

Fünfter Abschnitt

Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

§ 47

Personalvertretungsgesetz

Das Bayerische Personalvertretungsgesetz vom 21. November 1958 (GVBl. S. 333), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Februar 1965 (GVBl. S. 13) wird wie folgt geändert:

1. Art. 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Wahlberechtigt sind alle Bediensteten, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, daß ihnen infolge Richterspruchs das Recht aberkannt ist, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen.“

2. Als Art. 10 Abs. 1 Satz 2 wird angefügt:

„Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruchs die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.“

3. Art. 75 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Schweigepflicht nach Art. 60 verletzt.“

b) In Absatz 3 Satz 1 werden die Worte „Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft; daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft“ ersetzt.

c) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Das durch die Tat erlangte Entgelt oder ein ihm entsprechender Geldbetrag kann eingezogen werden.“

d) In Absatz 3 wird das Wort „Strafverfolgung“ durch die Worte „Verfolgung der Tat“ ersetzt.

§ 48

Gesetz Nr. 67 über die Bestellung von Treuhändern für Vermögen unter Vermögenskontrolle

Das Gesetz Nr. 67 über die Bestellung von Treuhändern für Vermögen unter Vermögenskontrolle vom 19. Juni 1947 (BayBS III S. 553) wird wie folgt geändert:

1. § 11 wird wie folgt gefaßt:

„§ 11

Ein Treuhänder, der vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften des § 10 zuwiderhandelt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.“

2. In § 17 Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

§ 49

Gesetz über das Lotteriespiel

Das Gesetz über das Lotteriespiel vom 19. August 1927 (BayBS III S. 560) wird wie folgt neu gefaßt:

„Art. 1

(1) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer

1. in einer Lotterie spielt, die in Bayern nicht zugelassen ist;
2. ein Los oder einen Losabschnitt einer in Bayern nicht zugelassenen Lotterie oder einen Anteil oder einen Bezugsschein eines solchen Loses oder Losabschnittes veräußert, zur Veräußerung bereithält oder zum Erwerb anbietet;

3. Gewinnergebnisse einer in Bayern nicht zugelassenen Lotterie öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, bekanntgibt, in einer in Bayern erscheinenden Zeitung veröffentlicht, oder öffentlich auslegt, ausstellt oder aushängt.

(2) Absatz 1 findet auch Anwendung auf Ausspielungen, die außerhalb Bayerns öffentlich veranstaltet werden.

Art. 2

(1) Mit Geldbuße bis fünftausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer

1. ohne Ermächtigung der Direktion der Staatlichen Lotterieverwaltung der Süddeutschen Klassenlotterie gewerbsmäßig Lose oder Losabschnitte dieser Lotterie oder Urkunden, durch welche Anteile an solchen Losen oder Losabschnitten zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilhält, anderen überläßt oder zur Überlassung anbietet;
2. gewerbsmäßig geringere als die genehmigten Anteile oder Abschnitte von Losen einer Privatlotterie oder einer außerhalb Bayerns öffentlich veranstalteten Ausspielung oder Urkunden, durch die solche Anteile oder Abschnitte zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilhält, anderen überläßt oder zur Überlassung anbietet;
3. beim öffentlichen Ankündigen, Anpreisen, Feilbieten oder Vertreiben von Losen oder Losabschnitten einer Lotterie oder einer außerhalb Bayerns öffentlich veranstalteten Ausspielung den bei der Zulassung der Lotterie oder der Ausspielung festgesetzten, ihm behördlich bekanntgegebenen oder aus dem Lose ersichtlichen Vertriebsbedingungen zuwiderhandelt;
4. Promessen auf Prämien eines inländischen oder ausländischen Lotterieleihens ausbietet oder zur Teilnahme an einer solchen Unternehmung einläßt;
5. Gewinne für bevorstehende Ziehungen von Serien- oder Prämienlosen ohne Angabe der Zahl der an den Ziehungen teilnehmenden Stücke öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, insbesondere durch Einrücken in eine in Bayern erscheinende Zeitung oder durch öffentliches Auslegen, Ausstellen oder Aushängen bekanntgibt, um zur Ausnutzung der Gewinnaussichten anzureizen.

Art. 3

(1) Mit Geldbuße bis zehntausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer gewerbsmäßig in der Absicht, andere auszubeuten

1. zur Beteiligung an Losgesellschaften auffordert oder sich mit deren Bildung oder Geschäftsführung befaßt;
2. Anteile von Serien- oder Prämienlosen oder Urkunden, durch die solche Anteile zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilhält, anderen überläßt oder zur Überlassung anbietet;
3. öffentlich oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, insbesondere in einer in Bayern erscheinenden Zeitung oder in öffentlich ausgelegten, ausgestellten oder ausgehängten Ankündigungen unter dem Versprechen der Stundung des Preises oder der Beileihung der Papiere sich erbieht, Serien- oder Prämienlose anderen zu überlassen.

(2) Losgesellschaften im Sinne dieses Gesetzes sind Vereinigungen jeder Art, welche die Gewinnaussichten von Serien- oder Prämienlosen oder von Lotterie- oder Ausspielungslosen ausnutzen wollen.“

§ 50

Grundsteuergesetz

§ 13 des Grundsteuergesetzes (BayBS III S. 599), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt gefaßt:

„§ 13

Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, wer ein zur Vermessung dienendes Abzeichen umwirft, zerstört oder vom Platze entfernt. Der Täter hat außerdem den entstandenen Schaden sowie die Kosten der Wiederherstellung zu tragen.“

§ 51

Gesetz, die Abmarkung der Grundstücke betreffend

Das Gesetz, die Abmarkung der Grundstücke betreffend, vom 30. Juni 1900 (BayBS III S. 601), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift vor Art. 28 wird geändert in „Ordnungswidrigkeiten“.
2. Art. 28 erhält folgende Fassung:

„Art. 28

Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, wer

1. unbefugt ein Abmarkungsgeschäft (Art. 9) vornimmt,
 2. unbefugt Grenzzeichen, Aussteckungspfähle und andere Merkmale, welche zum Zweck der Abmarkung von den zuständigen Behörden oder Personen angebracht worden sind, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, beschädigt oder verrückt,
 3. eine der im Art. 3 vorgeschriebenen Anzeigen unterläßt.“
3. Art. 29 wird gestrichen.

§ 52

Versorgungsschadenrentengesetz

§ 4 des Gesetzes über die Gewährung von vorläufigen Renten an Personen, die durch Beseitigung von Versorgungseinrichtungen einen Versorgungsschaden erlitten haben (Versorgungsschadenrentengesetz) vom 27. Juli 1953 (BayBS III S. 631) wird wie folgt geändert:

Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. nach dem 1. April 1970 wegen eines Verbrechens rechtskräftig zu Freiheitsstrafe von mehr als drei Jahren verurteilt wurde.“

Sechster Abschnitt

Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr

§ 53

Gesetz, das Gewerbswesen betreffend

Art. 28 des Gesetzes, das Gewerbswesen betreffend, vom 30. Januar 1868 (BayBS IV S. 6), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird aufgehoben.

§ 54

Gesetz über öffentlich bestellte und beidigte Sachverständige

Das Gesetz über öffentlich bestellte und beidigte Sachverständige vom 11. Oktober 1950 (BayBS IV S. 73) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 15 Abs. 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

2. Art. 16 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 16

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer den Bestimmungen des Art. 7 zuwiderhandelt.“

§ 55

Erstes Gesetz zur Durchführung des Artikels 160 der Bayerischen Verfassung

In Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Ersten Gesetzes zur Durchführung des Artikels 160 der Bayerischen Verfassung vom 18. Juli 1947 (BayBS IV S. 255) wird das Wort „Geldbußen“ durch das Wort „Zwangsgeldern“, in Satz 3 durch das Wort „Zwangsgelder“ ersetzt.

§ 56

Berggesetz

Das Berggesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1967 (GVBl. S. 185), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), wird wie folgt geändert:

1. Art. 263 Abs. 2 wird gestrichen.
2. Art. 264 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisher einzige Absatz wird Absatz 1 und wird durch folgende Nummern ergänzt:
 - „6. ohne die dazu erforderliche Befugnis erlangt zu haben, bergbauliche Anlagen zur Gewinnung der in Art. 1 bezeichneten Mineralien errichtet;
 7. ohne bergbauliche Anlagen zu Tag anstehende Mineralien in der Absicht wegräumt, sich dieselben anzueignen;
 8. bei Benutzung seines Bergwerkseigentums die Grenzen seines Grubenfeldes überschreitet.“
 - b) Als Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Das Bergamt ist berechtigt, in den Fällen des Absatzes 1 Nrn. 6 und 7 vorbehallich der Verfolgung die Gewinnung der Mineralien abzustellen.“

3. Art. 266 wird wie folgt geändert:

- a) in Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 werden die Worte „Gefängnis bis zu sechs Monaten“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr“ ersetzt.
4. In Art. 267 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
 5. Art. 268, 271, 272 und 273 werden aufgehoben.
 6. Art. 295 Abs. 1 Nr. 5 wird wie folgt gefaßt:

„5. Mit Geldbuße kann belegt werden, wer ohne Einweisung durch den Repräsentanten eine Fläche in Benutzung nimmt oder die ihm zugeteilte Fläche vorsätzlich oder fahrlässig überschreitet.“

§ 57

Gesetz über die behälterlose unterirdische Speicherung von Gas

Das Gesetz über die behälterlose unterirdische Speicherung von Gas vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 335) wird wie folgt geändert:

1. Art. 5 Abs. 2 wird gestrichen.
2. In Art. 6 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
3. In Art. 6 Abs. 3 werden die Worte „Gefängnis bis zu sechs Monaten“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr“ ersetzt.
4. Art. 6 Abs. 4 wird gestrichen.
5. In Art. 7 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
6. Art. 8 wird aufgehoben.

§ 58

Bayerisches Eisenbahn- und Bergbahngesetz

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der nicht zum Netz der Deutschen Bundesbahn gehörenden Eisenbahnen und der Bergbahnen in Bayern (Bayerisches Eisenbahn- und Bergbahngesetz — BayEBG) vom 17. November 1966 (GVBl. S. 429) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 28 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
2. Art. 29 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird das Wort „dreitausend“ durch das Wort „zweitausendfünfhundert“ ersetzt.
 - b) Die Absätze 3, 4 und 5 werden gestrichen.

§ 59

Schiffahrtsordnung

In § 44 der Landesverordnung für die Schifffahrt auf den bayerischen Gewässern (Schiffahrtsordnung — SchO) vom 19. Juni 1968 (GVBl. S. 202) werden die Absätze 3 und 4 gestrichen.

§ 60

Gesetz über die Schifffahrts- und Hafenanordnung für den Bodensee

Art. 3 des Gesetzes über die Schifffahrts- und Hafenanordnung für den Bodensee vom 23. Juni 1959 (GVBl. S. 182), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 1965 (GVBl. S. 202), wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 wird das Wort „zweitausend“ durch das Wort „zweitausendfünfhundert“ ersetzt.
- b) Absatz 3 wird gestrichen.

§ 61

Bayerisches Landesplanungsgesetz

Das Bayerische Landesplanungsgesetz vom 6. Februar 1970 (GVBl. S. 9) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 28 Abs. 1 werden die Worte „Gefängnis bis zu sechs Monaten“ durch die Worte „Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr“ ersetzt.
2. In Art. 28 Abs. 2 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.

Siebenter Abschnitt

Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

§ 62

Almgesetz

Art. 18 des Gesetzes über den Schutz der Almen und die Förderung der Almenwirtschaft (Almgesetz) vom 28. April 1932 (BayBS IV S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Absatz I wird einziger Absatz und einleitend wie folgt gefaßt:

„Mit Geldbuße bis zu fünftausend Deutsche Mark kann belegt werden.“
2. Absatz II wird gestrichen.

§ 63

Gesetz über Torfwirtschaft

Das Gesetz über Torfwirtschaft vom 25. Februar 1920 (BayBS IV S. 361) wird wie folgt geändert:

1. Art. 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz IV erhält folgende Fassung:

„IV Mit Geldbuße bis zehntausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer

 1. vorsätzlich oder fahrlässig Auskünfte, zu denen er nach Absatz I verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt

oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

2. vorsätzlich entgegen Abs. II die Einsicht in die Geschäftspapiere und Geschäftsbücher oder die Besichtigung der Betriebseinrichtungen und Räume verweigert, oder

3. vorsätzlich die Vornahme von Vorarbeiten verweigert.“

- b) Absatz V wird gestrichen.

2. Art. 20 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Mit Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer den Vorschriften des Satzes 1 oder Anordnungen nach Satz 2 zuwiderhandelt.“

§ 64

Gesetz zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes

Art. 33 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes vom 11. August 1954 (BayBS IV S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), wird wie folgt gefaßt:

„Art. 33

Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, wer Vermessungszeichen, die zur Vorbereitung oder Durchführung einer Flurbereinigung gesetzt wurden, unbefugt von ihrem Platz entfernt, beschädigt oder zerstört.“

§ 65

Fischereigesetz

Das Fischereigesetz für Bayern vom 15. August 1908 (BayBS IV S. 453), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift der Abteilung VII wird das Wort „Strafbestimmungen“ durch das Wort „Bußgeldvorschriften“ ersetzt.
2. Die Art. 100 und 101 werden einleitend wie folgt gefaßt:

„Mit Geldbuße kann belegt werden, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.“

3. Die Art. 103, 104 Abs. 1 und Art. 105 werden einleitend wie folgt gefaßt:

„Mit Geldbuße kann belegt werden.“

4. In Art. 103 Nr. 1 werden die Worte „oder deren Mitführen oder Halten durch seine zur Ausübung der Fischerei nicht befugten Angehörigen, Bediensteten, Lehrlinge, Arbeiter u. dgl. duldet“ gestrichen.

5. Art. 104 Abs. 2 wird gestrichen.

6. Art. 106 erhält folgende Fassung:

„Art. 106

(1) Auf Einziehung der bei einer verbotenen Fangart gebrauchten Geräte, der entgegen Vorschriften über Fangbeschränkungen gefangenen Fische oder der entgegen Vorschriften über den Verkehr mit Fischen gekauften, verkauften, feilgehaltenen oder sonst in Verkehr gebrachten Fische kann erkannt werden. In den Fällen des Art. 103 Nr. 1 bis 3 und des Art. 104 Abs. 1 Nr. 3 können die Geräte und Fischerzeuge eingezogen werden.

(2) § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.“

7. Art. 107 wird aufgehoben.

§ 66

Gesetz über den Fischereischein

§ 4 des Gesetzes über den Fischereischein vom 19. April 1939 (BayBS ErgB S. 164) wird einleitend wie folgt gefaßt:

„Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig“ ...

§ 67

Forstgesetz

Das Forstgesetz vom 9. Juli 1965 (GVBl. S. 113) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 25 wird das Wort „Gefängnis“ durch das Wort „Freiheitsstrafe“ ersetzt.
2. In Art. 26 Abs. 2 wird das Wort „zweitausend“ durch das Wort „zweitausendfünfhundert“ ersetzt.
3. Art. 27 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 27

Verantwortlichkeit des Nutzungsberechtigten

Die Strafvorschriften des Art. 25 und die Bußgeldvorschriften des Art. 26 gelten auch für denjenigen, der ohne Waldbesitzer zu sein, zur Holzgewinnung berechtigt ist oder eine solche Berechtigung irrtümlich annimmt.“

4. Art. 28 wird aufgehoben.
5. Art. 29 Nr. 2 wird wie folgt gefaßt:
„2. auf Ordnungswidrigkeiten nach den Art. 26 und 27 dieses Gesetzes die Art. 23, 25, 36.“
6. Art. 33 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:
„(2) Die Befugnis nach Absatz 1 ruht für Forstbedienstete,
1. die infolge Richterspruchs die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzen,
2. denen gemäß § 42 I des Strafgesetzbuches die Berufsausübung untersagt ist, für die Dauer der Untersagung.“
7. In Art. 35 Abs. 1 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.

§ 68

Forststrafgesetz

Das Forststrafgesetz vom 9. Juli 1965 (GVBl. S. 117) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift vor Art. 1 erhält folgende Fassung: „Erster Teil. Begriffsbestimmungen; Anwendungsbereich“.
2. Die Überschrift vor Art. 4 erhält folgende Fassung: „Zweiter Teil. Forststraftaten und Forstordnungswidrigkeiten“.
3. Art. 4 erhält folgende Fassung:
„Art. 4 Forststraftaten; Strafantrag
(1) Für Straftaten, die in einem Wald gegen
1. Walderzeugnisse, die noch nicht zum Verkauf oder Verbrauch hergerichtet sind, oder gegen
2. Wege, Gräben, Holzlagerplätze, Holzbringungsanlagen, Einfriedungen oder Sicherheitsvorrichtungen
begangen werden (Forststraftaten), gilt Art. 2 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes sowie der Zweite Teil des Strafgesetzbuches, soweit im folgenden nicht anderes bestimmt ist.
(2) Wird eine Forststraftat nur auf Antrag verfolgt, so kann der Antrag zurückgenommen werden.“
4. In Art. 5 werden die Worte „nach diesem Gesetz“ durch die Worte „als Forststraftaten oder Forstordnungswidrigkeit“ ersetzt.
5. Die Überschrift vor Art. 6 wird gestrichen.
6. Art. 6 erhält folgende Fassung:

„Art. 6

Geringfügige Forststraftaten, Aneignung wildwachsender Waldfrüchte

Die Aneignung, Zerstörung oder Beschädigung von Walderzeugnissen der in Art. 3 Abs. 1

Nr. 2 Buchstabe b genannten Art in geringer Menge sowie die Aneignung wildwachsender Waldfrüchte in ortsüblichem Umfang (Art. 141 Abs. 3 Satz 1 der Bayerischen Verfassung) ist nicht strafbar.“

7. a) Der bisherige Art. 7 wird aufgehoben.
b) Art. 14 wird Art. 7 und erhält folgende Fassung:

„Art. 7

Einziehung

Bei Forststraftaten kann auf Einziehung der zu einer vorsätzlichen Tat gebrauchten oder der dazu bestimmten Gegenstände, namentlich der bei der Tat verwendeten Werkzeuge, Beförderungsmittel oder Verpackungsmittel erkannt werden.“

8. Art. 8 wird aufgehoben.
9. Art. 9 wird aufgehoben.
10. Art. 10 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 10

Beschädigung von Forstzeichen

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer in einem Wald

1. Merk- oder Warnzeichen, die zur Abgrenzung, Absperrung oder Vermessung oder als Hinweiszeichen dienen, oder
2. Erkennungszeichen, die an Walderzeugnissen angebracht sind,
unbefugt zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht, verändert oder entfernt, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.“

11. Art. 11 wird wie folgt gefaßt:

„Art. 11

Forstweidefrevel

(1) Mit Geldbuße bis zu fünftausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig unbefugt in einem fremden Wald Vieh weidet oder weiden läßt, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.

(2) Mit Geldbuße kann belegt werden, wer in einem Wald

1. ohne Aufsicht eines Hirten, in verhängten Waldorten oder zur Nachtzeit, soweit es nicht durch bestehende Rechtsverhältnisse, Alpenordnungen oder Weideordnungen zugelassen ist, oder
2. solchen Rechtsverhältnissen oder Ordnungen zuwider Vieh weidet oder weiden läßt, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist.

(3) Hausgeflügel gilt nicht als Vieh im Sinne des Absatzes 1.“

12. Art. 12 Abs. 1 und Abs. 3 werden einleitend wie folgt gefaßt:
„Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
13. Art. 13 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 4 und 5 werden einleitend wie folgt gefaßt: „Mit Geldbuße kann belegt werden, wer“.
b) In Absatz 6 wird das Wort „schwererer“ gestrichen.
14. Art. 14 entfällt.
15. Die Überschrift vor Art. 15 wird gestrichen.
16. In Art. 15 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
17. In Art. 16 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.

18. In Art. 17 werden die Worte „bis zu fünfhundert Deutsche Mark“ gestrichen.
19. In Art. 18 werden die Worte „bis zu einhundertfünfzig Deutsche Mark“ gestrichen.
20. In Art. 19 werden die Worte „bis zu einhundertfünfzig Deutsche Mark“ gestrichen.
21. In Art. 20 werden die Worte „Straftaten nach den Art. 6 bis 14“ durch das Wort „Forststraf-taten“ ersetzt.
22. Art. 21 wird aufgehoben.
23. Art. 22 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden die Worte „Straftaten nach den Art. 6 bis 13“ durch das Wort „Forststraf-tat“ ersetzt.
- b) In Absatz 3 Satz 2 wird das Wort „Straftat“ durch das Wort „Forststrafat“ ersetzt.
24. Art. 23 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „Handlungen, die ausschließlich nach diesem Gesetz mit Strafe oder Geldbuße bedroht sind,“ durch die Worte „Forststrafat oder Forstordnungswidrigkeiten“ ersetzt. In Absatz 1 Satz 2 werden vor die Worte „Art. 24“ die Worte „Art. 23a Abs. 4 oder“ gesetzt.
- b) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Findet wegen einer Forststrafat oder Forstordnungswidrigkeit eine Hauptverhandlung statt, so teilt das Gericht Ort und Zeit der Verhandlung auch der unteren Forstbehörde mit.“
25. Nach Art. 23 wird folgender Art. 23a eingefügt:

„Art. 23a

Absehen von der Verfolgung einer Forststrafat

(1) Ist bei einer Forststrafat die Schuld des Täters gering, so kann die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung absehen, wenn an ihr kein öffentliches Interesse besteht.

(2) Die Staatsanwaltschaft kann unter diesen Voraussetzungen das Verfahren auch vorläufig einstellen und zugleich dem Beschuldigten mit seiner Zustimmung auferlegen, innerhalb einer bestimmten Frist

1. den durch die Tat verursachten Schaden ganz oder zum Teil wiedergutzumachen oder
2. einen Geldbetrag zu Gunsten einer gemeinnützigen Einrichtung oder der Staatskasse zu zahlen.

Kommt der Beschuldigte der Auflage nach, so kann die Handlung nicht mehr als Forststrafat verfolgt werden.

(3) Ist die Klage bereits erhoben, so kann das Gericht unter den Voraussetzungen des Absatzes 1, wenn es nicht nach § 153 Abs. 3 der Strafprozeßordnung verfährt, das Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft durch Beschluß vorläufig einstellen und dem Angeschuldigten mit seiner Zustimmung eine der in Absatz 2 Satz 1 bezeichneten Auflagen erteilen. Es kann das Verfahren, falls nicht inzwischen Verjährung eingetreten ist, binnen eines Jahres durch Beschluß wieder aufnehmen, wenn der Angeschuldigte der Auflage nicht nachkommt.

(4) Ist bei einer Forststrafat in den Fällen des Absatzes 1 der entstandene Schaden unbedeutend, so kann auch die untere Forstbehörde dem Beschuldigten mit seiner Zustimmung auferlegen, einen Geldbetrag bis zu zwanzig Deutsche Mark an die Staatskasse zu zahlen. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.“

26. Art. 24 erhält folgende Fassung:

„Art. 24

Verwarnung

(1) Bei Forstordnungswidrigkeiten stehen die Befugnisse des § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten auch der unteren Forstbehörde zu. Ist die nach § 36 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zuständige Stelle tätig geworden, so ist die Verwarnung durch die untere Forstbehörde unzulässig.

(2) Art. 22 Abs. 3 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.“

27. Die dem Gesetz vorangestellte Inhaltsübersicht wird entsprechend den Nrn. 1, 2, 5 und 15 geändert.

28. Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ernächtigt, den Wortlaut des Forststrafgesetzes in der sich aus diesem Gesetz und anderen Änderungsgesetzen ergebenden Fassung neu bekanntzumachen.

§ 69

Forstrechtgesetz

Das Gesetz über die Forstrechte vom 3. April 1958 (GVBl. S. 43) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 30 Nr. 4 werden die Worte „die bürgerlichen Ehrenrechte sowie“ gestrichen.
2. In Art. 34 werden die Worte „eine Geldbuße“ durch die Worte „ein Ordnungsgeld“ und die Worte „die Geldbuße“ durch die Worte „das Ordnungsgeld“, die Worte „einer Geldbuße“ durch die Worte „von Ordnungsgeld“ ersetzt.

§ 70

Bayerisches Jagdgesetz

Art. 45 des Bayerischen Jagdgesetzes (BayJG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juli 1962 (GVBl. S. 131) erhält folgende Fassung:

„Art. 45

Bei Verstößen gegen die Vorschriften des Art. 19 Abs. 2 kann auf Einziehung der durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten oder der zu ihrer Begehung gebrauchten oder dazu bestimmten Gegenstände einschließlich der bei der Ordnungswidrigkeit verwendeten Verpackungs- oder Beförderungsmittel erkannt werden. § 19 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.“

Achter Abschnitt

Überleitungs- und Schlußvorschriften

§ 71

Überleitung von Strafdrohungen

(1) Ist in anderen Vorschriften des Landesrechts für Verbrechen, Vergehen oder Übertretungen Zuchthaus, Gefängnis oder Haft angedroht, so tritt an die Stelle dieser Strafen Freiheitsstrafe.

(2) Ist in solchen Vorschriften Zuchthaus oder Gefängnis ohne besonderes Höchstmaß oder mit einem Höchstmaß von mehr als zwei Jahren angedroht, so beträgt das Höchstmaß der Freiheitsstrafe zwei Jahre. Ist Haft ohne besonderes Höchstmaß angedroht, so beträgt das Höchstmaß der Freiheitsstrafe sechs Wochen. Im übrigen gelten Höchst- oder Mindestmaße weiter.

(3) Ist in solchen Vorschriften Zuchthaus, Gefängnis, Haft oder eine andere Freiheitsstrafe wahlweise angedroht, so tritt an deren Stelle Freiheitsstrafe. Absatz 2 bleibt unberührt.

(4) Besondere Bestimmungen über Art und Dauer einer Ersatzfreiheitsstrafe, die an die Stelle einer uneinbringlichen Geldstrafe treten soll, sind nicht mehr anzuwenden.

§ 72

Verjährung, Nebenfolgen einer früheren Verurteilung

(1) Die §§ 27 bis 29 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 481) gelten auch für Taten, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen sind. Jedoch gelten die Verjährungsfristen des bisherigen Rechts, wenn sie kürzer sind als die des neuen Rechts.

(2) Soweit sich die Fristen der Verfolgungsverjährung nach den Regelungen dieses Gesetzes verkürzen, bleiben Unterbrechungshandlungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vorgenommen worden sind, wirksam, auch wenn im Zeitpunkt der Unterbrechung die Verfolgung nach diesem Gesetz bereits verjährt gewesen wäre.

(3) Ist vor dem 1. April 1970 eine öffentlich-rechtliche Leistung wegen einer Verurteilung versagt oder nicht beantragt worden, die vom 1. April 1970 an keinen Versagungsgrund mehr darstellt, so hat es damit sein Bewenden, wenn der Versagungsbescheid unanfechtbar geworden oder die Frist für den Antrag abgelaufen ist.

§ 73

Verweisungen, Rechtssetzungsermächtigungen

(1) Soweit in anderen Vorschriften des Landesrechts auf Vorschriften verwiesen wird, die durch dieses Gesetz oder durch das Erste Gesetz zur Reform des Strafrechts geändert werden, treten an deren Stelle die geänderten Vorschriften.

(2) Vorschriften des Landesrechts im Range unter dem Gesetz, die auf Ahndungsvorschriften des Bundes- oder Landesrechts deklaratorisch verweisen, werden aufgehoben. Dies gilt nicht für Vorschriften, die nach dem 1. Januar 1970 erlassen worden sind.

(3) Landesrechtliche Rechtsvorschriften im Range unter dem Landesgesetz, die durch dieses Gesetz geändert werden, können durch die zuständige Stelle im Rahmen der bestehenden Rechtssetzungsermächtigungen geändert oder aufgehoben werden.

§ 74

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1970 in Kraft.
München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Bayerisches Katastrophenschutzgesetz (BayKSG)

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Begriff der Katastrophe und Anwendungsbereich des Gesetzes

(1) Katastrophe im Sinn dieses Gesetzes ist eine so erhebliche gemeine Gefahr oder Not oder ein so schwerer Unglücksfall, daß Hilfe und Schutz wirksam nur gewährt werden können, wenn die dazu berufenen Behörden, Dienststellen und Hilfsorganisationen unter einheitlicher Leitung der Katastrophenschutzbehörden (Art. 2 Abs. 1) zusammenwirken.

(2) Soweit dieses Gesetz keine Vorschriften enthält, bleiben die besonderen gesetzlichen Bestimmungen für die im Katastrophenschutz mitwirkenden Behörden, Dienststellen oder Hilfsorganisationen unberührt.

Art. 2

Die Katastrophenschutzbehörden und ihre Aufgaben

(1) Katastrophenschutzbehörden sind die Kreisverwaltungsbehörden, die Regierungen und das Staatsministerium des Innern. Kreisangehörige Gemeinden, die während einer Katastrophe ohne Verbindung mit der Kreisverwaltungsbehörde sind, nehmen in dieser Zeit die Aufgaben der Katastrophenschutzbehörde wahr.

(2) Die Katastrophenschutzbehörden haben die Aufgabe, Katastrophen vorzubeugen, sie abzuwehren und die hierfür erforderlichen Einsätze zu leiten. Sie sind insbesondere verpflichtet, Katastrophenschutzpläne anzulegen, beratende Katastropheneinsatzstäbe zu bilden und Katastrophenschutzübungen abzuhalten.

Art. 3

Einsatzleitung

(1) Den Katastropheneinsatz leitet die Kreisverwaltungsbehörde, in deren Gebiet die Katastrophe droht oder ausgebrochen ist; die Regierung kann die Leitung einer anderen Kreisverwaltungsbehörde übertragen. Die Regierung oder das Staatsministerium des Innern können die Leitung selbst übernehmen. Das Staatsministerium des Innern kann eine andere als die zuständige Regierung mit der Leitung beauftragen.

(2) Hat eine übergeordnete Behörde die Einsatzleitung übernommen (Absatz 1 Satz 2), so geht dieses solange auf die nachgeordnete Behörde über, als die Verbindung zur Einsatzleitung unterbrochen ist.

(3) Die Einsatzleitung stellt sicher, daß alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind.

(4) Die Katastrophenschutzbehörde, die den Einsatz leitet, soll den Eintritt der Katastrophe, die Übernahme der Einsatzleitung, den Umfang des betroffenen Gebiets und das Ende der Katastrophe öffentlich bekanntmachen. Sie soll auch die Aufsichtsbehörde und, soweit erforderlich, die benachbarten Katastrophenschutzbehörden unterrichten. Sie kann die technische Leitung des Einsatzes einer Fachbehörde übertragen, die nach ihrem Aufgabenbereich und der Art der Katastrophe für die Abwehr besonders geeignet ist; sie kann ferner örtliche Einsatzleiter bestimmen.

Art. 4

Katastrophenhilfe

(1) Katastrophenhilfe ist die auf Ersuchen der Katastrophenschutzbehörden zu leistende Mitwirkung im Katastrophenschutz. Sie erstreckt sich auch darauf, die Katastrophenschutzbehörden bei der Aufstellung von Katastrophenschutzplänen zu unterstützen, Mitglieder für die Katastropheneinsatzstäbe zu benennen und an Katastrophenschutzübungen mitzuwirken. Katastrophenhilfe muß geleistet werden, wenn nicht dringende eigene Aufgaben wesentlich beeinträchtigt werden.

(2) Zur Katastrophenhilfe sind außer der Polizei verpflichtet

- a) die Behörden und Dienststellen des Freistaates Bayern,
- b) die Gemeinden, Landkreise und Bezirke,
- c) die sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
- d) die Feuerwehren,
- e) die freiwilligen Hilfsorganisationen,
- f) die Verbände der freien Wohlfahrtspflege, auch wenn sie nicht im Katastrophengebiet ihren Sitz oder Standort haben. Die Gemeinden, Landkreise und Bezirke nehmen die Katastrophenhilfe im übertragenen Wirkungskreis wahr.

(3) Das Ersuchen um Katastrophenhilfe stellt die Katastrophenschutzbehörde für ihren Bereich.

Braucht sie Hilfe von auswärts, so stellt das Ersuchen an die auswärtigen Verpflichteten die Katastrophenschutzbehörde, die für den Sitz oder den Standort der Verpflichteten zuständig ist. Ist Gefahr im Verzug, so kann die Hilfe unter Benachrichtigung der örtlich zuständigen Katastrophenschutzbehörde unmittelbar angefordert werden.

(4) Die nach Absatz 2 Verpflichteten leisten Katastrophenhilfe auch auf Anordnung durch andere Länder.

(5) Leisten Kräfte des Bundes oder anderer Länder Katastrophenhilfe, so unterstehen sie für die Dauer ihrer Mitwirkung den Weisungen der Katastrophenschutzbehörde, die den Einsatz leitet.

Art. 5

Besondere Befugnisse der Katastrophenschutzbehörden

(1) Die Katastrophenschutzbehörden können, soweit das zur Abwehr einer Katastrophe zwingend geboten ist, jedermann zu Sach- und Werkleistungen im Umfang des § 2 des Bundesleistungsgesetzes und bis zu einer Dauer von drei Tagen auch zu Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Ist Gefahr im Verzug, so können Sachen auch unmittelbar in Anspruch genommen werden; solche Maßnahmen muß die Katastrophenschutzbehörde den Leistungspflichtigen gegenüber unverzüglich bestätigen, wenn sie in ihrer Abwesenheit getroffen worden sind. Art. 4 Abs. 3 gilt entsprechend.

(2) Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen, die zur Vollstreckung von Anordnungen nach Absatz 1 getroffen werden, haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Die Katastrophenschutzbehörde, die den Einsatz leitet (Art. 3 Abs. 1) kann allen staatlichen Behörden und Dienststellen der gleichen oder einer niedrigeren Stufe ihres Einsatzbereichs, mit Ausnahme der obersten Landesbehörden, und den nach Art. 4 Abs. 1 und Abs. 2 Buchst. b) bis f) zur Katastrophenhilfe Verpflichteten die zur Abwehr einer Katastrophe notwendigen Weisungen erteilen. Das Sachweisungsrecht übergeordneter Fachbehörden bleibt unberührt.

(4) Kommt eine Gebietskörperschaft einer Weisung nicht nach, so ist die Ersatzvornahme abweichend von den Kommunalgesetzen ohne Beanstandung und Fristsetzung zulässig, wenn die Maßnahme unaufschiebbar ist. Art. 109 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung, Art. 95 Abs. 2 Satz 2 der Landkreisordnung und Art. 91 Abs. 2 Satz 2 der Bezirksordnung sind nicht anzuwenden.

Art. 6

Entschädigung

Wer zu Sach-, Werk- oder Dienstleistungen in Anspruch genommen worden ist (Art. 5 Abs. 1), die über verkehrsübliche Hilfeleistungen oder über außerhalb dieses Gesetzes bestehende Rechtspflichten hinausgehen, ist von der Katastrophenschutzbehörde angemessen in Geld zu entschädigen.

Art. 7

Aufwendungen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten; Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes

(1) Die Katastrophenschutzbehörden und die zur Katastrophenhilfe Verpflichteten tragen ihre Aufwendungen für den Katastrophenschutz (Art. 2 Abs. 2, Art. 4 Abs. 1, Art. 6) als eigenen Sachbedarf. Die Kreisverwaltungsbehörde, welcher anstelle der örtlich zuständigen die Leitung übertragen worden ist (Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2), kann von der anderen Ersatz der durch die Übertragung veranlaßten Aufwendungen verlangen. Die durch den Einsatz von Kräften des Bundes oder anderer Länder (Art. 4 Abs. 5) entstandenen Kosten trägt die Katastrophenschutzbehörde, die den Einsatz geleitet hat; Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Das Staatsministerium des Innern errichtet einen Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (Katastrophenfonds). Der Fonds ist ein staatliches, vom Staatsministerium des Innern verwaltetes Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Fonds hat den Zweck

- a) Vorsorgemaßnahmen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten zu fördern,
- b) Aufwendungen der Katastrophenschutzbehörden und der zur Katastrophenhilfe Verpflichteten im abwehrenden Katastrophenschutz auszugleichen, die die Leistungsfähigkeit des Trägers der Aufwendungen wesentlich übersteigen oder zu besonderen Härten führen.

(3) Der Staat, die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden leisten jährliche Beiträge zum Fonds. Die Beiträge der Landkreise und kreisfreien Gemeinden werden nach dem Verhältnis der Umlagegrundlagen für die Bezirksumlage zu dem von den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden insgesamt aufzubringenden Betrag festgesetzt. Das Staatsministerium des Innern bestimmt im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung die Einzelheiten des Berechnungs- und Erhebungsverfahrens; es kann vorgesehen werden, daß das Statistische Landesamt die Beiträge ermittelt und festsetzt. Die Beiträge dürfen nicht höher sein als erforderlich ist, um den Zweck des Fonds (Absatz 2 Satz 3) zu erfüllen. Der Staat leistet den doppelten Beitrag wie die Landkreise und kreisfreien Gemeinden zusammen.

Art. 8

Ordnungswidrigkeiten

Wer vorsätzlich oder fahrlässig Anordnungen nach Art. 5 Abs. 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß befolgt oder ihre Durchführung behindert, kann mit Geldbuße belegt werden.

Art. 9

Änderung und Aufhebung von Vorschriften

(1) Art. 5 des Ausführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung vom 17. November 1956 (BayBS III S. 149) in der Fassung vom 15. Dezember 1965 (GVBl. S. 346) erhält folgende Fassung:

„Art. 5

Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden

(1) Die Gemeinden, Landratsämter, Regierungen und das Staatsministerium des Innern haben als Sicherheitsbehörden die Aufgabe, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

(2) Sie können zu diesem Zweck für den Einzelfall Anordnungen treffen, um

1. Handlungen, die mit Strafe oder mit Geldbuße bedroht sind, oder verfassungsfeindliche Handlungen (Absatz 9) zu verhüten oder zu unterbinden,
2. durch solche Handlungen verursachte Zustände zu beseitigen,
3. Gefahren abzuwehren oder Störungen zu beseitigen, die Leben, Gesundheit oder die Freiheit von Menschen oder Sachwerte, deren Erhaltung im öffentlichen Interesse liegt, bedrohen oder verletzen.

(3) Sind Anordnungen nach Absatz 2 nicht möglich, nicht zulässig oder versprechen sie keinen Erfolg, so können die Sicherheitsbehörden die Gefahr oder Störung im Sinn des Absatzes 2 selbst, durch die Polizei oder durch vertraglich Beauftragte abwehren oder beseitigen.

(4) Unter mehreren möglichen und geeigneten Anordnungen oder sonstigen Maßnahmen nach Absatz 2 oder 3 ist diejenige zu treffen, die den einzelnen und die Allgemeinheit am wenigsten be-

einträchtig. Ein durch die Maßnahme zu erwartender Schaden darf nicht erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg stehen. Maßnahmen sind zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich zeigt, daß er nicht erreicht werden kann.

(5) Maßnahmen nach Absatz 2 oder 3 sind gegen denjenigen zu richten, der die Gefahr oder Störung verursacht hat. Ist das nicht möglich oder nicht zulässig oder verspricht es keinen Erfolg, so sind die Maßnahmen gegen denjenigen zu richten, der die Aufsicht über die Person oder den Gewahrsam an der Sache hat oder verfügungsbe-rechtigt über die Sache ist, von der die Gefahr ausgeht (Verantwortliche).

(6) Zur Abwehr einer schweren Gefahr oder zur Beseitigung einer schweren Störung im Sinn des Absatzes 2 können Maßnahmen auch gegen jeman-den gerichtet werden, der nicht nach Absatz 5 ver-antwortlich ist, soweit andere Maßnahmen nicht möglich oder nicht zulässig sind oder keinen Er-folg versprechen. Durch solche Maßnahmen darf niemand an Leben oder Gesundheit gefährdet oder daran gehindert werden, überwiegende andere Pflichten zu erfüllen.

(7) Auf Grund der Absätze 2 bis 6 können das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Freizügigkeit (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 und Art. 11 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutsch-land, Art. 109 der Verfassung des Freistaates Bayern) eingeschränkt werden. Die Freiheit der Person und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 2 Abs. 2 Satz 2 und Art. 13 des Grundgesetz-es, Art. 102 Abs. 1 und Art. 106 Abs. 3 der Ver-fassung des Freistaates Bayern) dürfen auf Grund der vorstehenden Absätze nicht eingeschränkt werden.

(8) Maßnahmen der Sicherheitsbehörden nach den vorstehenden Absätzen schließen widerspre-chende Maßnahmen der Polizei aus. Das Recht der Sicherheitsbehörden, der Polizei Weisungen zu er-teilen und die Vorschriften über die Strafverfol-gung und die Verfolgung von Ordnungswidrigkei-ten bleiben unberührt.

(9) Verfassungsfeindlich im Sinn des Absatzes 2 und des Polizeirechts ist eine nicht mit Strafe oder Geldbuße bedrohte Handlung, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundes-republik Deutschland oder eines ihrer Länder auf verfassungswidrige Weise zu stören oder zu ändern.

(10) Die Art. 51, 52 und 54 des Polizeiaufgaben-gesetzes sind sinngemäß anzuwenden. Zur Ent-schädigung verpflichtet ist der Träger der Behör-de, die die Maßnahme getroffen hat; hat das Land-ratsamt die Maßnahme getroffen, so ist der Land-kreis verpflichtet, soweit nicht der Staat nach Art. 35 Abs. 3 oder Art. 37 Abs. 5 der Landkreis-ordnung haftet.“

(2) Das Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 (BayBS ErgB S. 10) wird wie folgt geändert:

a) In § 1 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Schäden“ er-setzt durch „Sach- und Personenschäden“; die Wörter „an beweglichem und unbeweglichem Eigentum“ entfallen.

In § 2 Abs. 1 werden nach „Ein Anspruch auf Entschädigung ...“ die Wörter „für Sachschäden“ eingeführt.

Der bisherige § 2 Abs. 2 wird Satz 3 des § 2 Abs. 1.

b) § 2 Abs. 2 erhält folgenden Wortlaut: „Art und Höhe der Leistungen für Personenschäden rich-ten sich in entsprechender Anwendung nach der jeweils geltenden Fassung des Gesetzes über die

Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversor-gungsgesetz).“

(3) Das Gesetz über Sachleistungen für Reichsauf-gaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1. Septem-ber 1939 (BayBS ErgB S. 20), die Erste Durchfüh-rungsverordnung zum Reichsleistungsgesetz vom 23. Oktober 1939 (BayBS ErgB S. 25), die Zweite Durchführungsverordnung zum Reichsleistungsge-setz vom 31. März 1941 (BayBS ErgB S. 26) und die Bekanntmachung vom 11. Januar 1944 (BayBS ErgB S. 27) werden aufgehoben.

(4) Das Gesetz Nr. 41 über das Feuerlöschwesen vom 17. Mai 1946 (BayBS I S. 353), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 1966 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

a) Art. 5 Abs. II erhält folgende Fassung:

„Der durch Dienstleistungen und Ausbildungs-veranstaltungen entstehende Verdienstausschlag wird erstattet, soweit ein unentgeltlicher Dienst billigerweise nicht verlangt werden kann; ferner werden notwendige bare Auslagen erstattet. Das Staatsministerium des Innern kann durch Rechts-verordnung Höchstsätze für den Verdienstausschlag und die baren Auslagen festlegen und das Er-stattungsverfahren regeln.“

b) Dem Art. 6 wird folgender Absatz VI angefügt:

„Führungsdienstgrade der Feuerwehr können Personen vom Platz verweisen, deren Verbleiben den Einsatz der Feuerwehr behindert; unmittel-barer Zwang durch körperliche Gewalt und de-ren Hilfsmittel darf in entsprechender Anwen-dung des Art. 38 Abs. 1, 2 und 3 und des Art. 39 des Polizeiaufgabengesetzes angewendet werden.“

Art. 10

Einschränkung von Grundrechten

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person, die Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit und die Unverletzlichkeit der Woh-nung können auf Grund dieses Gesetzes einge-schränkt werden (Art. 2 Abs. 2 Sätze 1 und 2, 8 Abs. 2, 11, 13 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 102, 106, 109, 113 der Verfassung des Freistaates Bayern).

Art. 11

Ermächtigung zur Neubekanntmachung geänderter Gesetze

Das Staatsministerium des Innern wird ermäch-tigt, soweit erforderlich im Einvernehmen mit den Staatsministerien der Justiz und der Finanzen, die in Art. 9 geänderten Gesetze unter neuem Datum bekanntzumachen und dabei etwaige redaktionelle Unstimmigkeiten zu bereinigen.

Art. 12

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1971 in Kraft.
München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das fol-gende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Art. 31 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. Januar 1952 (BayBS I

S. 461), zuletzt geändert am 23. März 1970 (GVBl. S. 73), erhält folgende Fassung:

„Ihre Zahl einschließlich weiterer Bürgermeister beträgt in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis zu 500 Einwohnern 6
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 500 bis 1000 8
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 1000 bis 1500 10
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 1500 bis 2000 12
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 2000 bis 3000 14
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 3000 bis 5000 16
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 5000 bis 10 000 18
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 10 000 bis 20 000 20
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 20 000 bis 30 000 26
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 30 000 bis 50 000 32
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 50 000 bis 200 000 42
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 200 000 bis 500 000 50
mit einer Einwohnerzahl von mehr als 500 000 60.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1972 in Kraft.

München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Gesetz
zur Änderung der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern und der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern
Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Art. 49 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. Februar 1952 (BayBS I S. 515), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Mai 1970 (GVBl. S. 183), wird wie folgt geändert:

„Art. 49

Geschäftsgang der Ausschüsse

Die Vorschriften der Art. 41 bis 48 finden auf den Geschäftsgang des Kreis Ausschusses und der weiteren beschließenden Ausschüsse entsprechend Anwendung.“

§ 2

Art. 46 Abs. 2 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern vom 27. Juli 1953 (BayBS I S. 529), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 23. März 1970 (GVBl. S. 73), erhält folgende Fassung:

„(2) Auf den Geschäftsgang der beschließenden Ausschüsse finden die Vorschriften der Art. 38 bis 45 entsprechend Anwendung.“

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1970 in Kraft.

München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Bayerisches Architektengesetz (BayArchG)

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Inhaltsübersicht
Erster Teil

Berufsaufgaben und Berufsbezeichnung

- Art. 1 Berufsaufgaben
- Art. 2 Berufsbezeichnung
- Art. 3 Architektenliste
- Art. 4 Voraussetzungen der Eintragung
- Art. 5 Versagung der Eintragung
- Art. 6 Löschung der Eintragung
- Art. 7 Auswärtige Architekten

Zweiter Teil

Architektenkammer

- Art. 8 Errichtung der Architektenkammer
- Art. 9 Mitgliedschaft
- Art. 10 Aufgaben der Architektenkammer
- Art. 11 Organe der Architektenkammer
- Art. 12 Vertreterversammlung
- Art. 13 Aufgaben der Vertreterversammlung
- Art. 14 Vorstand
- Art. 15 Rügerecht des Vorstandes
- Art. 16 Satzung
- Art. 17 Schlichtungsausschuß
- Art. 18 Finanzwesen der Architektenkammer
- Art. 19 Schweigepflicht
- Art. 20 Amts- und Rechtshilfe
- Art. 21 Aufsicht
- Art. 22 Durchführung der Aufsicht

Dritter Teil

Eintragungsausschuß

- Art. 23 Einrichtung und Zusammensetzung
- Art. 24 Bestellung
- Art. 25 Grundsätze für die Tätigkeit
- Art. 26 Verfahren

Vierter Teil

Berufsgerichtsbarkeit

- Art. 27 Anwendungsbereich, Verjährung
- Art. 28 Berufsgerichtliche Maßnahmen
- Art. 29 Berufsgerichte und Landesberufsgericht
- Art. 30 Bestellung der Richter
- Art. 31 Einleitung des Verfahrens
- Art. 32 Anwendung des Kammergesetzes

Fünfter Teil

Architektenversorgung

- Art. 33 Errichtung, Namen und Zweck der Anstalt
- Art. 34 Landesausschuß
- Art. 35 Anstaltssatzung
- Art. 36 Anwendung des Versicherungsgesetzes
- Art. 37 Erlaß der ersten Satzung

Sechster Teil

Ordnungswidrigkeiten,

Übergangs- und Schlußbestimmungen

- Art. 38 Ordnungswidrigkeiten
- Art. 39 Fortführung der Berufsbezeichnung
- Art. 40 Vorläufiger Eintragungsausschuß
- Art. 41 Gründungsausschuß
- Art. 42 Ausführungsvorschriften
- Art. 43 Aufhebung des bestehenden Architektengesetzes
- Art. 44 Inkrafttreten

Erster Teil

Berufsaufgaben und Berufsbezeichnung

Art. 1

Berufsaufgaben

(1) Berufsaufgaben des Architekten sind die gestaltende, technische und wirtschaftliche Planung von Bauwerken.

(2) Berufsaufgaben des Innenarchitekten sind die gestaltende, technische und wirtschaftliche Planung von Innenräumen.

(3) Berufsaufgaben des Landschaftsarchitekten sind die gestaltende, technische und wirtschaftliche Garten- und Landschaftsplanung.

(4) Zu den Berufsaufgaben des Architekten, Innenarchitekten und Landschaftsarchitekten gehören auch die Beratung, Betreuung und Vertretung des Bauherrn in den mit der Planung und Durchführung eines Vorhabens zusammenhängenden Fragen sowie die Überwachung der Ausführung.

(5) Zu den Berufsaufgaben des Architekten und des Landschaftsarchitekten gehören auch die Ausarbeitung städtebaulicher Pläne und die Mitwirkung bei der Landesplanung und Regionalplanung.

Art. 2

Berufsbezeichnung

(1) Die Berufsbezeichnung „Architekt“, „Innenarchitekt“ oder „Landschaftsarchitekt“ darf nur führen, wer unter dieser Bezeichnung in die Architektenliste (Art. 3) eingetragen ist.

(2) Wortverbindungen mit den Berufsbezeichnungen nach Absatz 1 oder ähnliche Bezeichnungen dürfen nur Personen verwenden, welche die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen befugt sind.

(3) Das Recht zur Führung akademischer Grade wird durch diese Regelung nicht berührt.

Art. 3

Architektenliste

(1) Die Architektenliste wird von der Architektenkammer (Art. 8) geführt.

(2) Über die Eintragung in die Architektenliste und die Löschung einer Eintragung in den Fällen des Art. 6 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 und Abs. 2 entscheidet der Eintragungsausschuß (Art. 23 bis 26). Der Vorsitzende stellt dem Betroffenen die Entscheidung zu und übermittelt sie nach Unanfechtbarkeit der Architektenkammer.

(3) Ein Vorverfahren nach den §§ 68 ff. der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 21. Januar 1960 (BGBl. I S. 17) findet nicht statt. Der Eintragungsausschuß bei der Architektenkammer ist fähig, am verwaltungsgerichtlichen Verfahren beteiligt zu sein (§ 61 Nr. 3 VwGO); er wird durch den Vorsitzenden vertreten.

(4) Über die Eintragung wird eine Urkunde ausgestellt, die bei der Löschung der Eintragung zurückzugeben ist.

Art. 4

Voraussetzungen der Eintragung

(1) In die Architektenliste (Art. 3) ist ein Bewerber auf Antrag einzutragen, wenn er seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder seine überwiegende Beschäftigung in Bayern hat und

1. eine erfolgreiche Abschlußprüfung für die in Art. 1 Abs. 1 bis 3 genannten Aufgaben der Fachrichtungen Hochbau, Architektur, Innenarchitektur oder Garten- und Landschaftsgestaltung an einer deutschen Hochschule, an einer deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule (Akademie) oder an einer dieser gleichrangigen deutschen Lehreinrichtung abgelegt und
2. eine nachfolgende praktische Tätigkeit nach Art. 1 von mindestens drei Jahren ausgeübt hat.

(2) Die Voraussetzung nach Absatz 1 Nr. 1 erfüllt auch, wer eine gleichwertige Abschlußprüfung an einer ausländischen Hochschule oder an einer sonstigen ausländischen Lehreinrichtung mit Erfolg abgelegt hat. Die Eintragung kann bei Bewerbern, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 des Grundgesetzes sind, versagt werden, wenn die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist. Das gilt nicht für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften.

(3) Ein Bewerber, der die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 nicht erfüllt, ist auf Antrag in die Architektenliste einzutragen, wenn er

1. mindestens zehn Jahre eine praktische Tätigkeit in einer der Fachrichtungen nach Art. 1 Abs. 1 bis 3 bei einem in die Architektenliste eingetragenen Architekten oder eine gleichwertige Tätigkeit ausgeübt hat und

2. an Hand eigener Arbeiten die einer Ausbildung nach Absatz 1 entsprechenden Kenntnisse nachweist.

(4) War ein Bewerber in die Architektenliste eines anderen Landes eingetragen und ist seine Eintragung nur gelöscht worden, weil er den Wohnsitz, die Niederlassung oder die überwiegende Beschäftigung nach Bayern verlegt hat, so ist er in die Liste einzutragen, ohne daß es einer erneuten Prüfung der weiteren Eintragungsvoraussetzungen bedarf.

Art. 5

Versagung der Eintragung

(1) Die Eintragung in die Architektenliste ist einem Bewerber zu versagen,

1. solange er nach § 31 des Strafgesetzbuches die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden oder Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, verloren hat oder solange ihm das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, aberkannt ist,
2. solange ihm nach § 42 I des Strafgesetzbuches die Ausübung eines Berufes untersagt ist, der eine der in Art. 1 bezeichneten Tätigkeiten zum Gegenstand hat,
3. solange ihm nach § 35 Abs. 1 der Gewerbeordnung die Berufsausübung untersagt ist,
4. wenn er wegen eines Verbrechens oder Vergehens rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt worden ist und sich aus dem der Verurteilung zugrunde liegenden Sachverhalt ergibt, daß er zur Erfüllung der Berufsaufgaben nach Art. 1 nicht geeignet ist oder
5. solange er entmündigt oder unter vorläufige Vormundschaft gestellt oder ihm zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten ein Pfleger bestellt ist.

(2) Die Eintragung in die Architektenliste kann einem Bewerber versagt werden:

1. wenn er innerhalb der letzten fünf Jahre vor Stellung des Eintragungsantrages den Offenbarungseid geleistet hat oder wenn das Konkursverfahren über sein Vermögen eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden ist oder
2. wenn er sich innerhalb der letzten fünf Jahre gröblich oder wiederholt berufsunwürdig verhalten hat.

Art. 6

Löschung der Eintragung

(1) Die Eintragung ist zu löschen,

1. wenn der Eingetragene verstorben ist,
2. wenn der Eingetragene auf die Eintragung verzichtet,
3. wenn der Eingetragene seinen Wohnsitz, seine Niederlassung und seine überwiegende Beschäftigung in Bayern aufgibt,
4. wenn nach der Eintragung Tatsachen nach Art. 5 Abs. 1 eingetreten oder bekanntgeworden sind, oder
5. wenn in einem berufsgerichtlichen Verfahren rechtskräftig auf Löschung der Eintragung in der Architektenliste erkannt worden ist (Art. 28).

(2) Die Eintragung kann gelöscht werden, wenn erst nach der Eintragung Tatsachen nach Art. 5 Abs. 2 Nr. 1 bekanntgeworden oder eingetreten und seit ihrem Eintreten nicht mehr als fünf Jahre vergangen sind. Das gleiche gilt, wenn ein Tatbestand nach Art. 5 Abs. 2 Nr. 2 erst nach der Eintragung bekanntgeworden ist.

Art. 7

Auswärtige Architekten

(1) Die Berufsbezeichnung nach Art. 2 Abs. 1 oder eine Wortverbindung mit den Berufsbezeichnungen oder eine ähnliche Bezeichnung nach Art. 2 Abs. 2

dürfen ohne Eintragung in die Architektenliste auch Personen führen, die in Bayern weder einen Wohnsitz, eine Niederlassung noch eine überwiegende Beschäftigung haben, wenn sie

1. die Bezeichnung auf Grund einer gesetzlichen Regelung des Landes oder des auswärtigen Staates, in dem sie ihren Wohnsitz, ihre Niederlassung oder ihre überwiegende Beschäftigung haben, führen dürfen oder
2. die Voraussetzungen des Art. 4 erfüllen und in dem Land oder dem auswärtigen Staat, in dem sie ihren Wohnsitz, ihre Niederlassung oder ihre überwiegende Beschäftigung haben, eine vergleichbare gesetzliche Regelung nicht besteht.

(2) Ist die Person nicht Deutscher im Sinne des Art. 116 des Grundgesetzes, kann der Eintragungsausschuß die Führung der Berufsbezeichnung untersagen, wenn

1. die Gegenseitigkeit nicht gewährleistet ist; das gilt nicht für Staatsangehörige der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften
2. dem Art. 4 dieses Gesetzes vergleichbare Voraussetzungen nicht vorliegen oder
3. Tatsachen eingetreten oder bekanntgeworden sind, die eine Versagung nach Art. 5 rechtfertigen würden.

Zweiter Teil

Architektenkammer

Art. 8

Errichtung der Architektenkammer

(1) In Bayern wird eine Architektenkammer errichtet. Sie führt die Bezeichnung „Bayerische Architektenkammer“.

(2) Die Architektenkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie führt ein Dienstsiegel.

(3) Sitz der Architektenkammer ist München.

(4) Die Architektenkammer kann örtliche Untergliederungen bilden.

Art. 9

Mitgliedschaft

(1) Der Architektenkammer gehören alle in die Architektenliste eingetragenen Architekten an.

(2) Die Mitgliedschaft endet, wenn die Eintragung in der Architektenliste gelöscht wird.

Art. 10

Aufgaben der Architektenkammer

(1) Aufgabe der Architektenkammer ist es

1. die beruflichen Belange der Gesamtheit der Mitglieder zu wahren und die Erfüllung der beruflichen Pflichten zu überwachen,
2. die Architektenliste zu führen,
3. für die berufliche Fortbildung zu sorgen,
4. das Bauwesen zu fördern,
5. bei der Regelung des Wettbewerbswesens mitzuwirken,
6. die Behörden und Gerichte durch Gutachten, Stellungnahmen und Vorschläge oder in sonstiger Weise zu unterstützen; vor der Regelung wichtiger einschlägiger Fragen ist die Kammer zu hören,
7. auf die Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Mitgliedern oder zwischen diesen und Dritten ergeben, hinzuwirken.

(2) Die Architektenkammer kann Fürsorgeeinrichtungen für die Mitglieder und deren Familien schaffen. Für die Mitglieder, deren Versorgung gesetzlich geregelt ist, darf die Teilnahme nicht zwingend sein.

(3) Zur Wahrung der die deutsche Architektenberufsgemeinschaft berührenden gemeinsamen Berufs- und Standesfragen ist die Architektenkammer berechtigt, sich an Arbeitsgemeinschaften mit entsprechenden außerbayerischen Landesorganisationen zu beteiligen. Der Arbeitsgemeinschaft können jedoch nicht Aufsichtsbefugnisse oder andere Aufgaben übertragen werden, für die gesetzlich die Zuständigkeit der Architektenkammer begründet ist. Die in Art. 19 bezeichneten Personen verstoßen nicht gegen ihre Pflicht zur Verschwiegenheit, wenn sie der Arbeitsgemeinschaft Angelegenheiten mitteilen, die zum Aufgabengebiet der Arbeitsgemeinschaft gehören.

Art. 11

Organe der Architektenkammer

(1) Organe der Architektenkammer sind

1. die Vertreterversammlung,
2. der Vorstand.

(2) Die in die Organe berufenen Mitglieder sind zur Annahme und Ausübung ihres Amtes verpflichtet, soweit nicht ein wichtiger Grund entgegensteht.

(3) Die Mitglieder der Organe sind ehrenamtlich tätig. Sie haben für Auslagen und Zeitversäumnis Anspruch auf Entschädigung, deren Höhe die Vertreterversammlung festsetzt.

Art. 12

Vertreterversammlung

(1) Die Mitglieder der Vertreterversammlung werden auf die Dauer von vier Jahren in geheimer Wahl nach den Vorschriften einer Wahlordnung von den Kammermitgliedern gewählt. Die Kammermitglieder wählen für je fünfzig Mitglieder einen Vertreter und einen Stellvertreter; jede Fachrichtung (Art. 1 Abs. 1 bis 3) muß jedoch mindestens durch zwei Mitglieder vertreten sein. Stimmübertragungen sind ausgeschlossen.

(2) Die Wahlordnung regelt das Nähere über die Ausübung des Wahlrechts.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder der Vertreterversammlung dauert bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder.

(4) Ein Mitglied scheidet aus der Vertreterversammlung aus, wenn es die Wahl zum Mitglied des Vorstandes angenommen hat.

Art. 13

Aufgaben der Vertreterversammlung

(1) Die Vertreterversammlung ist insbesondere zuständig für

1. den Erlaß der Satzung,
2. den Erlaß der Wahlordnung,
3. den Erlaß der Berufsordnung (Bestimmung der Berufspflichten),
4. den Erlaß der Beitrags- und Gebührenordnung,
5. die Verabschiedung des Haushaltsplanes,
6. die Abnahme der Jahresrechnung und die Wahl der Rechnungsprüfer,
7. die Wahl, die Entlastung und die Abberufung des Vorstandes,
8. die Festsetzung der Entschädigung für Mitglieder der Organe und des Eintragungsausschusses,
9. die Bildung von Fürsorgeeinrichtungen.

(2) Die Vertreterversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Ist eine Angelegenheit wegen Beschlußunfähigkeit der Vertreterversammlung zurückgestellt worden und tritt die Vertreterversammlung zur Verhandlung über denselben Gegenstand zum zweiten Mal zusammen, so ist sie ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig. In der Ladung zu dieser Sitzung ist auf diese Bestimmung ausdrücklich hinzuweisen.

(3) Bei Beschlüssen und Wahlen entscheidet unbeschadet des Absatzes 4 die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt. Stimmübertragungen sind ausgeschlossen.

(4) Beschlüsse zum Erlaß und zur Änderung der Satzung der Wahlordnung, der Berufsordnung, der Beitrags- und Gebührenordnung und zur vorzeitigen Abberufung von Mitgliedern des Vorstandes bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder der Vertreterversammlung. Absatz 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß Beschlüsse in dieser Sitzung einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bedürfen.

(5) Beschlüsse der Vertreterversammlung zu Absatz 2 Nrn. 1 bis 4 und 9 bedürfen der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde. Sie sind im Bayerischen Staatsanzeiger bekanntzumachen.

Art. 14 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, zwei Stellvertretern (Vizepräsidenten) und mindestens vier weiteren Mitgliedern. Seine Amtsdauer beträgt vier Jahre. Die Amtszeit der Mitglieder des Vorstandes dauert bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder.

(2) Der Vorstand führt die Geschäfte der Architektenkammer.

(3) Der Präsident vertritt die Architektenkammer gerichtlich und außergerichtlich.

(4) Erklärungen, durch welche die Architektenkammer verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind vom Präsidenten zu unterzeichnen, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt.

Art. 15 Rügerecht des Vorstandes

(1) Der Vorstand kann das Verhalten eines Kammermitgliedes, durch das dieses ihm obliegende Berufspflichten verletzt hat, rügen, wenn die Schuld gering ist und ein Antrag auf Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens nicht erforderlich erscheint. Architekten im öffentlichen Dienst unterliegen hinsichtlich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht dem Rügerecht.

(2) Das Rügerecht erlischt, sobald das berufsgerichtliche Verfahren gegen das Mitglied eingeleitet ist.

(3) Bevor die Rüge erteilt wird, ist das Mitglied zu hören.

(4) Der Bescheid, durch den das Verhalten des Mitglieds gerügt wird, ist zu begründen. Er ist dem Mitglied mit Rechtsmittelbelehrung zuzustellen.

(5) Gegen den Bescheid kann das Mitglied binnen zwei Wochen nach der Zustellung bei dem Vorstand Einspruch erheben. Über den Einspruch entscheidet der Vorstand. Absatz 4 ist entsprechend anzuwenden. Wird der Einspruch zurückgewiesen, so kann das Mitglied binnen eines Monats nach der Zustellung beim zuständigen Berufsgericht die Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens beantragen.

(6) Die Erteilung einer Rüge steht der Einleitung des berufsgerichtlichen Verfahrens wegen desselben Verhaltens nicht entgegen. Die Rüge wird mit Rechtskraft der Entscheidung des Berufsgerichts gegenstandslos. Hält das Berufsgericht die Durchführung eines berufsgerichtlichen Verfahrens nur wegen Geringfügigkeit der erhobenen Beschuldigung nicht für erforderlich oder stellt es wegen der Geringfügigkeit der Berufspflichtverletzung das Verfahren ein, so hat es in seinem Beschluß die Rüge aufrechterhalten, wenn die Nachprüfung ergibt, daß sie zu Recht erteilt wurde.

Art. 16 Satzung

(1) Die Satzung muß Bestimmungen enthalten über

1. die Rechte und Pflichten der Mitglieder,
2. die Geschäftsführung der Architektenkammer,
3. die Wahl und die Zusammensetzung des Vorstandes,
4. die Einberufung und die Geschäftsordnung der Vertreterversammlung,
5. den Schlichtungsausschuß (Art. 17)
6. die Bildung örtlicher Untergliederungen (Art. 8 Abs. 4).

(2) Die Satzung ist so auszugestalten, daß die Wahrung der Belange aller Fachrichtungen und Tätigkeitsarten gesichert ist.

Art. 17 Schlichtungsausschuß

(1) Zur gütlichen Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Kammermitgliedern oder zwischen diesen und Dritten ergeben, ist bei der Kammer ein ständiger Schlichtungsausschuß zu bilden. Die Einzelheiten regelt die Satzung. Die Mitglieder des Schlichtungsausschusses werden vom Vorstand für dessen Amtsdauer bestellt. Der Schlichtungsausschuß wird in einer Besetzung mit drei Mitgliedern tätig.

(2) Bei Streitigkeiten zwischen Kammermitgliedern hat der Schlichtungsausschuß auf Anrufung durch einen der Beteiligten oder auf Anordnung des Vorstandes einen Schlichtungsversuch zu unternehmen. Ist ein Dritter beteiligt, so kann der Schlichtungsausschuß nur mit dessen Einverständnis tätig werden.

Art. 18 Finanzwesen der Architektenkammer

(1) Der Vorstand stellt den Haushaltsplan auf und legt ihn der Vertreterversammlung zur Beschlußfassung vor. Der Haushaltsplan und sein Vollzug müssen den Grundsätzen einer sparsamen und wirtschaftlichen Finanzgebarung entsprechen.

(2) Die Kosten der Errichtung und der Tätigkeit der Architektenkammer werden, soweit sie nicht anderweitig gedeckt sind, durch Beiträge der Mitglieder gemäß der Beitrags- und Gebührenordnung aufgebracht. In ihr ist ein angemessener Beitragsrahmen festzusetzen. Die Beiträge können für einzelne Mitgliedergruppen unterschiedlich bemessen werden. Dabei können sie auch nach der Höhe des Einkommens aus der Berufstätigkeit als Architekt gestaffelt werden.

(3) Für die Inanspruchnahme von Kammereinrichtungen und für das Verfahren vor dem Eintragungs- und dem Schlichtungsausschuß können Gebühren erhoben werden. Das Nähere bestimmt die Beitrags- und Gebührenordnung.

(4) Die Architektenkammer ist befugt, für die Vollstreckung von Beitrags-, Gebühren- und Kostenforderungen Vollstreckungsanordnungen zu erteilen und zu diesem Zweck die Vollstreckungsklausel auf eine Ausfertigung des Leistungsbescheides oder des Ausstandsverzeichnisses zu setzen. Die Vollstreckung richtet sich nach dem Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz vom 30. Mai 1961 (GVBl. S. 148) in seiner jeweils geltenden Fassung; für die Vollstreckung sind ausschließlich die ordentlichen Gerichte und die Gerichtsvollzieher zuständig.

Art. 19 Schweigepflicht

Die Mitglieder der Organe und des Schlichtungsausschusses, deren Hilfskräfte und die etwa hinzu-

gezogenen Sachverständigen sind zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, die ihrer Natur nach geheimhaltungsbedürftig sind, insbesondere über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Kammermitgliedern. Die Pflicht zur Verschwiegenheit besteht nach der Beendigung der Tätigkeit des Verpflichteten fort.

Art. 20

Amts- und Rechtshilfe

(1) Alle Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben der Architektenkammer auf Verlangen die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben notwendige Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

(2) Die Architektenkammer ist ihrerseits zur Amtshilfe gegenüber den Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet.

Art. 21

Aufsicht

Die Aufsicht über die Architektenkammer führt das Staatsministerium des Innern (Aufsichtsbehörde). Sie ist Rechtsaufsicht.

Art. 22

Durchführung der Aufsicht

(1) Die Aufsichtsbehörde ist zu den Sitzungen der Vertreterversammlung einzuladen. Eine Vertreterversammlung ist auf ihr Verlangen unverzüglich einzuberufen.

(2) Die Aufsichtsbehörde kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Auskünfte, Berichte und die Vorlage von Akten und sonstigen Unterlagen fordern. Sie kann die Geschäfts- und Kassenführung prüfen.

(3) Die Aufsichtsbehörde kann Beschlüsse und andere Maßnahmen beanstanden, wenn diese gegen Gesetze, Verordnungen, die Satzung oder die Kammerordnungen verstoßen. Hilft die Architektenkammer der Beanstandung nicht ab, so kann die Aufsichtsbehörde den Beschluß oder die Maßnahme aufheben.

(4) Erfüllt die Architektenkammer die ihr obliegenden Pflichten oder Aufgaben nicht, so kann die Aufsichtsbehörde verlangen, daß die Architektenkammer innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche veranlaßt. Kommt diese dem Verlangen nicht nach, so kann die Aufsichtsbehörde an ihrer Stelle tätig werden.

Dritter Teil

Eintragungsausschuß

Art. 23

Einrichtung und Zusammensetzung

(1) Bei der Architektenkammer wird ein Eintragungsausschuß gebildet. Seine Kosten trägt die Architektenkammer.

(2) Der Eintragungsausschuß bedient sich zur Erledigung seiner Aufgaben der Dienstkräfte und Einrichtungen der Architektenkammer.

(3) Der Eintragungsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und der erforderlichen Zahl von Beisitzern. Für den Vorsitzenden sind Vertreter zu bestellen. Der Eintragungsausschuß entscheidet in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und sechs Beisitzern.

(4) Der Vorsitzende und seine Vertreter müssen die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz haben oder die Voraussetzungen des § 110 Satz 1 des Deutschen Richtergesetzes erfüllen. Die Beisitzer müssen in der Architektenliste eingetragen sein. Die Mitglieder des Eintragungsausschusses dürfen weder einem Organ der Architektenkammer noch dem Schlichtungsausschuß angehören, noch Bedienstete der Kammer oder der Aufsichtsbehörde sein.

Art. 24

Bestellung

Die Mitglieder des Eintragungsausschusses und ihre Vertreter werden für die Dauer von vier Jahren auf Vorschlag der Architektenkammer von der Aufsichtsbehörde (Art. 21) bestellt. Wiederbestellung ist zulässig.

Art. 25

Grundsätze für die Tätigkeit

(1) Der Eintragungsausschuß ist unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Er entscheidet nach seiner freien, aus dem Gang des gesamten Verfahrens gewonnenen Überzeugung.

(2) Ein Mitglied des Eintragungsausschusses ist in den Fällen an der Mitwirkung gehindert, in denen ein Richter von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen wäre oder wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden könnte. Die §§ 41 und 42 der Zivilprozessordnung gelten sinngemäß.

(3) Die Mitglieder des Eintragungsausschusses sind zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bekannt geworden sind.

Art. 26

Verfahren

(1) Der Eintragungsausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Sitzungen sind nicht öffentlich.

(2) Der Betroffene ist vor einer ihn belastenden Entscheidung zu hören.

(3) Bei der Entscheidung des Eintragungsausschusses sollen mindestens drei Beisitzer der Fachrichtung des Betroffenen angehören. Unbeschadet dieser Bestimmung sollen zwei Beisitzer dieselbe Tätigkeitsart wie der Betroffene ausüben.

(4) Der Eintragungsausschuß kann von Antragstellern, die nicht die Voraussetzung des Art. 4 Abs. 1 erfüllen, die Ablegung von Leistungsproben vor dem Ausschuß verlangen.

(5) Für die Aufsicht über den Eintragungsausschuß gelten Art. 21 und 22 entsprechend.

Vierter Teil

Berufsgerichtsbarkeit

Art. 27

Anwendungsbereich, Verjährung

(1) Ein Mitglied der Architektenkammer, das sich berufen unwürdig verhält, hat sich im berufsgerichtlichen Verfahren zu verantworten.

(2) Berufen unwürdig verhält sich ein Architekt, der schuldhaft gegen Pflichten verstößt, die ihm zur Wahrung des Ansehens seines Berufes obliegen. Politische, religiöse, wissenschaftliche oder künstlerische Ansichten oder Handlungen können nicht Gegenstand eines berufsgerichtlichen Verfahrens sein. Architekten im öffentlichen Dienst unterliegen hinsichtlich ihrer dienstlichen Tätigkeit nicht der Berufsgerichtsbarkeit.

(3) Die Verfolgung einer Verletzung der Berufspflichten, die nicht die Löschung der Eintragung in der Architektenliste rechtfertigt, verjährt in drei Jahren. Für den Beginn, die Unterbrechung und das Ruhen der Verjährung gelten die §§ 67 Abs. 4, 68 und 69 des Strafgesetzbuches entsprechend. Verstößt die Tat auch gegen ein Strafgesetz, so verjährt die Verfolgung nicht, bevor die Strafverfolgung verjährt, jedoch auch nicht später als diese.

Art. 28

Berufsgerichtliche Maßnahmen

(1) Im berufsgerichtlichen Verfahren kann erkannt werden auf

1. Verweis,
2. Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark,

3. Entziehung der Mitgliedschaft in Organen der Architektenkammer,
4. Entziehung der Wählbarkeit zu Organen der Architektenkammer bis zur Dauer von fünf Jahren,
5. Löschung der Eintragung in der Architektenliste.

(2) Die in Absatz 1 Nrn. 2 bis 4 genannten Maßnahmen können nebeneinander verhängt werden.

(3) Ist von einem Gericht oder einer Behörde wegen desselben Verhaltens bereits eine Strafe, eine Geldbuße oder eine Ordnungsmaßnahme verhängt worden, so ist von einer Maßnahme nach Absatz 1 Nrn. 1 und 2 abzusehen.

Art. 29

Berufsgerichte und Landesberufsgesicht

(1) Das berufsgerichtliche Verfahren wird von den Berufsgerichten für Architekten (Berufsgerichten) als erster Instanz und von dem Landesberufsgesicht für Architekten (Landesberufsgesicht) als Rechtsmittelinstanz durchgeführt.

(2) Die Berufsgerichte verhandeln und entscheiden in der Besetzung mit einem Berufsrichter als Vorsitzendem und zwei Kammermitgliedern als ehrenamtlichen Beisitzern. Das Landesberufsgesicht verhandelt und entscheidet in der Besetzung mit drei Berufsrichtern einschließlich des Vorsitzenden und zwei Kammermitgliedern als ehrenamtlichen Beisitzern. Bei Beschlüssen außerhalb der mündlichen Verhandlung wirken die ehrenamtlichen Beisitzer nicht mit.

(3) Beisitzer kann nicht sein, wer Mitglied eines Organs der Architektenkammer oder Bediensteter der Architektenkammer ist oder der Aufsichtsbehörde angehört. Ein Beisitzer soll der Fachrichtung (Art. 1 Abs. 1 bis 3) des Beschuldigten angehören. Unbeschadet dieser Bestimmung soll ein Beisitzer dieselbe Tätigkeitsart wie der Beschuldigte ausüben.

(4) Das Berufsgericht für die Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben wird beim Oberlandesgericht München, das Berufsgericht für die Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz beim Oberlandesgericht Nürnberg errichtet. Das Landesberufsgesicht wird beim Bayerischen Obersten Landesgericht errichtet.

(5) Die Aufgaben der Geschäftsstelle werden von der Geschäftsstelle des Gerichts wahrgenommen, bei dem das Berufsgericht errichtet ist.

Art. 30

Bestellung der Richter

(1) Das Staatsministerium der Justiz bestellt für die Dauer von fünf Jahren die Mitglieder der Berufsgerichte und des Landesberufsgesichts und ihre Vertreter sowie für jedes Gericht einen Untersuchungsführer und seinen Vertreter.

(2) Die ehrenamtlichen Beisitzer werden von der Architektenkammer vorgeschlagen. Der Vorschlag muß mindestens doppelt so viele Namen enthalten als Beisitzer zu bestellen sind.

(3) Bei jedem Gericht sind für jede Fachrichtung (Art. 1 Abs. 1 bis 3) und Tätigkeitsart eine genügende Zahl von Beisitzern zu bestellen. Die Vorsitzenden der Berufsgerichte und des Landesberufsgesichts bestimmen vor Beginn jedes Geschäftsjahres, nach welchen Grundsätzen und in welcher Reihenfolge die Beisitzer heranzuziehen sind und einander im Verhinderungsfall vertreten. Im übrigen gilt Art. 41 des Gesetzes über die Berufsvertretungen und über die Berufgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Kammergesetz) vom 15. Juli 1957 (GVBl. S. 162, ber. S. 176) in seiner jeweiligen Fassung sinngemäß, soweit er bestimmt, welche Personen nicht zu Richtern ernannt werden dürfen, in welchen Fällen das Richteramt erlischt und in welchen Fällen die Richter vom Richteramt ausgeschlossen sind.

Art. 31

Einleitung des Verfahrens

Einen Antrag auf Einleitung eines berufsgerichtlichen Verfahrens kann stellen

1. ein Kammermitglied gegen sich selbst,
2. der Vorstand der Architektenkammer,
3. die Aufsichtsbehörde.

Art. 32

Anwendung des Kammergesetzes

(1) Für die Berufgerichtsbarkeit der Architekten gelten im übrigen die Vorschriften des Gesetzes über die Berufsvertretungen und über die Berufgerichtsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Kammergesetz) vom 15. Juli 1957 (GVBl. S. 162, ber. S. 176) in seiner jeweiligen Fassung sinngemäß mit Ausnahme von Art. 54 Abs. 2 und 3.

(2) Ist zu erwarten, daß in einem eröffneten berufsgerichtlichen Verfahren auf Löschung in der Architektenliste erkannt wird, so kann das Berufsgericht auf Grund mündlicher Verhandlung die Führung der Berufsbezeichnung bis zur rechtskräftigen Entscheidung des berufsgerichtlichen Verfahrens vorläufig untersagen.

Fünfter Teil

Architektenversorgung

Art. 33

Errichtung, Namen und Zweck der Anstalt

(1) Für die Mitglieder der Architektenkammer und deren Angehörige wird auf dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit eine rechtsfähige Pflichtversorgungsanstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Die Anstalt untersteht der Rechtsaufsicht des Staatsministeriums des Innern.

(2) Die Anstalt trägt den Namen „Bayerische Architektenversorgung“. Sie hat ihren Sitz in München und wird von der Bayerischen Versicherungskammer gesetzlich vertreten und verwaltet. Die Angelegenheiten der Anstalt werden durch Satzung geregelt.

(3) Die Mitglieder, deren Versorgung gesetzlich geregelt ist, sind auf Antrag von der Mitgliedschaft in der Versorgungsanstalt zu befreien.

Art. 34

Landesausschuß

Der Versicherungskammer steht bei der Verwaltung der Anstalt ein Landesausschuß zur Seite. Er beschließt die Satzung; sie bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Mitglieder des Landesausschusses und deren Vertreter beruft das Staatsministerium des Innern aus den Reihen der Mitglieder der Anstalt auf Vorschlag der Architektenkammer.

Art. 35

Anstaltssatzung

Die Anstaltssatzung hat insbesondere Bestimmungen zu enthalten über:

1. Die Zusammensetzung, die Befugnisse und den Geschäftsgang des Landesausschusses.
2. Die Mitgliedschaft sowie über Ausnahmen und Befreiungen von dieser.
3. Das Geschäftsjahr und die Rechnungslegung.

Art. 36

Anwendung des Versicherungsgesetzes

Die Artikel 11, 15 und 16 Abs. 2 des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen vom 7. Dezember 1933 (BayBS I S. 242) in seiner jeweiligen Fassung gelten entsprechend.

Art. 37

Erlaß der ersten Satzung

Die erste Satzung der Architektenversorgung erläßt ein auf die Dauer eines Jahres vom Staatsministerium des Innern auf Vorschlag des Gründungsausschusses oder der Vertreterversammlung der Architektenkammer zu bestellender zwölfköpfiger Ausschuß. Sie bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Sechster Teil

**Ordnungswidrigkeiten,
Übergangs- und Schlußbestimmungen**

Art. 38

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer
1. unbefugt eine der in Art. 2 Abs. 1 genannten Berufsbezeichnungen führt oder eine Wortverbindung mit den Berufsbezeichnungen oder eine ähnliche Bezeichnung im Sinne des Art. 2 Abs. 2 verwendet,
 2. die nach Art. 19 oder Art. 25 Abs. 3 vorgeschriebene Schweigepflicht vorsätzlich oder fahrlässig verletzt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10 000 Deutsche Mark geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (BGBl. I S. 481) ist die Regierung von Oberbayern.

Art. 39

Fortführung der Berufsbezeichnung

- (1) Personen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in der Architektenliste eingetragen sind, dürfen ihre Berufsbezeichnung weiterführen.
- (2) Personen, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht in der Architektenliste eingetragen sind, aber nach Art. 7 des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnung Architekt (Architektengesetz) vom 23. Januar 1954 (BayBS II S. 415, geändert durch Gesetz vom 10. Februar 1958, GVBl. S. 22) ihre Eintragung in die Liste beantragt haben, dürfen ihre Berufsbezeichnung weiterführen, bis über den Antrag unanfechtbar entschieden ist.

Art. 40

Vorläufiger Eintragungsausschuß

- (1) Die Aufsichtsbehörde bestellt nach Anhörung der in den einzelnen Organisationen zusammenschlossenen Architekten die Mitglieder eines vorläufigen Eintragungsausschusses.
- (2) Die Amtszeit der Mitglieder des vorläufigen Ausschusses endet mit der Bestellung der Mitglieder nach Art. 24.

Art. 41

Gründungsausschuß

- (1) Die Aufsichtsbehörde bestellt nach Anhörung der in den einzelnen Organisationen zusammenschlossenen Architekten innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes einen Gründungsausschuß, der aus mindestens dreißig bereits in der Architektenliste eingetragenen Architekten besteht.
- (2) Der Gründungsausschuß wählt einen vorläufigen Vorstand, dessen Amtszeit mit der Wahl des Vorstandes nach Art. 13 Abs. 1 Nr. 7 endet.
- (3) Der Gründungsausschuß erläßt eine vorläufige Wahlordnung, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Der vorläufige Vorstand führt nach dieser Wahlordnung die Wahl zur ersten Vertreterversammlung innerhalb von längstens sechs Monaten nach Bestellung des Gründungsausschusses durch und beruft die Versammlung ein.
- (4) Bis zum Zusammentreten der Vertreterversammlung nimmt der Gründungsausschuß deren Aufgaben wahr.

Art. 42

Ausführungsvorschriften

- (1) Das Staatsministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Vorschriften über das Verfahren vor dem Eintragungsausschuß zu erlassen.
- (2) Das Staatsministerium des Innern erläßt nach Anhörung der Architektenkammer die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

Art. 43

Aufhebung des bestehenden Architektengesetzes
Das Gesetz über die Führung der Berufsbezeichnung Architekt (Architektengesetz) vom 23. Januar 1954 (BayBS II S. 415, geändert durch Gesetz vom 10. Februar 1958, GVBl. S. 22) wird aufgehoben.

Art. 44

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Die Art. 40 bis 42 treten am 1. September 1970 in Kraft.
München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

**Gesetz
zur Änderung des Volksschulgesetzes**

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Art. 59 Abs. 3 Satz 2 des Volksschulgesetzes vom 17. November 1966 (GVBl. S. 402), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 1970 (GVBl. S. 114), erhält folgende Fassung:

„Wählbar sind die Wahlberechtigten mit Ausnahme der an der betreffenden Volksschule tätigen Lehrer.“

Art. 2

Dieses Gesetz ist dringlich; es tritt am 1. August 1970 in Kraft.

München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

**Gesetz
über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (Vermessungs- und Katastergesetz — VermKatG —)**

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

I n h a l t s ü b e r s i c h t

Erster Teil, Landesvermessung

- Art. 1 Das Landesvermessungswerk
Art. 2 Erhaltung des Landesvermessungswerks
Art. 3 Mitwirkung bei der Landesvermessung
Art. 4 Öffentlichkeit des Landesvermessungswerks

Zweiter Teil, Liegenschaftskataster

- Art. 5 Einrichtung des Liegenschaftskatasters
Art. 6 Grundlagen
Art. 7 Fortführung
Art. 8 Katastervermessungen
Art. 9 Beurkundung und Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung und Teilung von Grundstücken
Art. 10 Melde- und Auskunftspflicht
Art. 11 Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters

Dritter Teil, Gemeinsame Vorschriften

- Art. 12 Organisation
Art. 13 Duldungspflichten
Art. 14 Gebühren und Auslagen
Art. 15 Ordnungswidrigkeiten
Art. 16 Schlußbestimmungen

Erster Teil

Landesvermessung

Art. 1

Das Landesvermessungswerk

- (1) Die Landesvermessung hat die Aufgabe, die geodätischen Grundlagen für eine allgemeine Landesaufnahme zu schaffen und zu erhalten, das Landesgebiet aufzunehmen und es in topographischen Karten darzustellen. Die Gesamtheit der Ergebnisse

der Landesvermessung bildet das Landesvermessungswerk.

(2) Das Landesvermessungswerk umfaßt das Lagefestpunktfeld, das Höhenfestpunktfeld, das Schwerefeld, die topographische Landesaufnahme und die amtlichen topographischen Kartenwerke. Auf der Grundlage des Landesvermessungswerks werden Übersichtskarten, Umgebungskarten und Sonderkarten hergestellt.

Art. 2

Erhaltung des Landesvermessungswerks

Das Landesvermessungswerk wird den Anforderungen der Öffentlichkeit und der Entwicklung der Fachtechnik entsprechend laufend vervollständigt, verbessert und fortgeführt, sowie bei Bedarf erneuert.

Art. 3

Mitwirkung bei der Landesvermessung

(1) Alle Behörden haben Unterlagen, die für Zwecke der Landesvermessung verwertet werden können, auf Anfordern zur Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen. Für Auslagen, die durch die Vorlage entstehen, kann Ersatz gefordert werden, soweit der Ersatzleistung nicht sonstige Vorschriften entgegenstehen.

(2) Absatz 1 gilt für natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts entsprechend, wenn die Vorlage von Unterlagen, die für die Landesvermessung von besonderer Bedeutung sind, im Interesse des öffentlichen Wohles erforderlich ist.

Art. 4

Öffentlichkeit des Landesvermessungswerks

(1) Ergebnisse der Landesvermessung werden, soweit sie nicht ohnehin veröffentlicht werden, jedem, der ein berechtigtes Interesse darlegt, auf Antrag mitgeteilt. Die oberste Behörde für das staatliche Vermessungs- und Katasterwesen kann das Recht auf Auskunft einschränken, soweit dies Interessen des öffentlichen Wohls erfordern.

(2) Nachweise der Landesvermessung, z. B. Festpunktübersichten und -beschreibungen, Koordinaten und Höhenangaben, dürfen nur von den staatlichen Vermessungsbehörden oder mit deren Genehmigung vervielfältigt werden. Die Genehmigung ist nicht erforderlich, wenn Behörden mit Hilfe eigener Einrichtungen Vervielfältigungen für den innendienstlichen Gebrauch herstellen.

Zweiter Teil

Liegenschaftskataster

Art. 5

Einrichtung des Liegenschaftskatasters

(1) Die Liegenschaften des Staatsgebiets werden in einem Katasterkartenwerk dargestellt und in Katasterbüchern beschrieben. Das Katasterkartenwerk und die Katasterbücher bilden das Liegenschaftskataster. Art und Genauigkeit der Darstellung und Beschreibung sind auf die Anforderungen des Liegenschaftsrechts abgestellt. Die Bedürfnisse von Verwaltung und Wirtschaft werden in angemessener Weise berücksichtigt.

(2) Das Liegenschaftskataster ist amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung.

(3) Liegenschaften im Sinne dieses Gesetzes sind die Grundstücke und die Gebäude, auch soweit sie nicht mit dem Grund und Boden fest verbunden sind.

Art. 6

Grundlagen

(1) Die Eigentümer der im Grundbuch eingetragenen Grundstücke sowie die Inhaber von Erbbaurechten werden im Liegenschaftskataster grundsätzlich in Übereinstimmung mit dem Grundbuch nachgewiesen. Veränderungen im Eigentum aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften sowie privatrechtlicher Vorschriften des Wasserrechts können in das Liegen-

schaftskataster übernommen werden, bevor das Grundbuch berichtigt ist.

(2) Die Angaben im Liegenschaftskataster über Nutzungsart, Ertragsfähigkeit und Abgrenzung des landwirtschaftlich und des gärtnerisch nutzbaren Bodens werden den rechtskräftig festgestellten Ergebnissen der nach dem Bodenschätzungsgesetz (vom 16. Oktober 1934, Reichsgesetzblatt I S. 1050, Bundesgesetzblatt III 610—8, in der jeweils geltenden Fassung) durchgeführten Bodenschätzung entnommen.

(3) Der Nachweis im Liegenschaftskataster über Gestalt, Größe und örtliche Lage der Liegenschaften sowie über die Art und Abgrenzung der nicht unter Absatz 2 fallenden Nutzungsarten beruht auf dem Ergebnis von Vermessungen (Katastervermessungen) und örtlichen Erhebungen.

Art. 7

Fortführung

Das Liegenschaftskataster wird durch Fortführung auf dem laufenden gehalten. Fehlerhafte Einträge werden von Amts wegen berichtigt.

Art. 8

Katastervermessungen

(1) Die Katastervermessungen dienen der Festlegung und Sicherung der Eigentumsgrenzen sowie der Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters. Sie dürfen nur von den nach Art. 12 befugten Stellen ausgeführt werden.

(2) Bei den Katastervermessungen zur Fortführung des Liegenschaftskatasters (Fortführungsvermessungen) werden die Veränderungen erfaßt, die am Umfang der Grundstücke, in der Abgrenzung der Nutzungsarten und im Bestand der Gebäude eintreten.

(3) Zu den Veränderungen im Bestand der Gebäude gehören Neubauten, Veränderungen am Umfang des Grundrisses bestehender Gebäude, Abbrüche und Zerstörung von Gebäuden, ferner Änderungen in der Zweckbestimmung von Gebäuden, soweit diese eine Änderung des Katastervortrags zur Folge haben.

(4) Fortführungsvermessungen werden von Amts wegen oder auf Antrag ausgeführt. Den Antrag kann stellen, wer ein berechtigtes Interesse an der Vermessung darlegt.

(5) Ist ein Jahr nach einer Fortführungsvermessung die mit ihr beabsichtigte Rechtsänderung im Grundbuch noch nicht vollzogen, so kann die Vermessung rückgängig gemacht werden.

(6) Bei Grundstücksteilungen, die einer Genehmigung bedürfen, soll eine die rechtliche Teilung vorbereitende Fortführungsvermessung in der Regel erst vorgenommen werden, wenn die Genehmigung durch die Genehmigungsbehörde erteilt oder in Aussicht gestellt ist oder als erteilt gilt.

(7) Zur Erneuerung des Katasterkartenwerks und seiner Grenznachweise werden Katasterneuvermessungen durchgeführt.

(8) Die Katastervermessungen und die zugehörigen Buchnachweise müssen zur Übernahme in das Liegenschaftskataster geeignet sein.

(9) Vermessungen von Privatpersonen oder von Stellen, die nicht nach Art. 12 zu Katastervermessungen befugt sind, dürfen für das Liegenschaftskataster nur verwertet werden, wenn die das Kataster führende Behörde die Ergebnisse für geeignet erachtet und ein Bedürfnis für die Übernahme besteht.

Art. 9

Beurkundung und Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung und Teilung von Grundstücken

(1) Die Vorsteher der das Liegenschaftskataster führenden Behörden und die von den Vorstehern beauftragten Beamten dieser Behörden sind befugt, Anträge des Eigentümers auf Vereinigung (§ 890 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) oder Teilung

von Grundstücken ihres Amtsbezirks öffentlich zu beurkunden oder zu beglaubigen.

(2) Von der Befugnis des Absatzes 1 soll nur Gebrauch gemacht werden, wenn die zu vereinigenden Grundstücke örtlich und wirtschaftlich ein einheitliches Grundstück darstellen oder die Teilung erforderlich ist, um örtlich und wirtschaftlich einheitliche Grundstücke herzustellen.

(3) Auf die Beurkundung und Beglaubigung sind die Vorschriften des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (Bundesgesetzblatt I S. 1513) entsprechend anzuwenden. Der von dem Vorsteher der das Kataster führenden Behörde gemäß Abs. 1 beauftragte Beamte soll bei der Beurkundung oder Beglaubigung auf den ihm erteilten Auftrag Bezug nehmen.

Art. 10

Melde- und Auskunftspflicht

(1) Alle Behörden sind verpflichtet, die das Kataster führenden Behörden bei der Erfassung von Veränderungen an den Liegenschaften zu unterstützen, soweit diese Veränderungen zu einer Fortführung des Liegenschaftskatasters Veranlassung geben.

(2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der Liegenschaften sind verpflichtet, die für die Fortführung des Liegenschaftskatasters notwendigen Angaben zu machen und, wenn für die Übernahme von Veränderungen in das Liegenschaftskataster eine Vermessung erforderlich ist, die Vermessung durchführen zu lassen.

Art. 11

Öffentlichkeit des Liegenschaftskatasters

(1) Jedem, der ein berechtigtes Interesse darlegt, wird Einsicht in die Karten und Bücher des Liegenschaftskatasters gewährt und Auskunft aus dem Liegenschaftskataster erteilt, soweit nicht Interessen des öffentlichen Wohls entgegenstehen.

(2) Auf Antrag werden aus den Katasterbüchern Abschriften erteilt und aus dem Katasterkartenwerk Auszüge erstellt. Die Abschriften werden in jedem Fall, Auszüge aus dem Katasterkartenwerk auf Antrag beglaubigt.

(3) Koordinaten und Festlegungsmaße für Grenzpunkte werden grundsätzlich nicht bekanntgegeben. Die oberste Dienstbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(4) Abschriften der Katasterbücher und Auszüge aus dem Katasterkartenwerk dürfen nur von der das Kataster führenden Behörde erstellt und nur mit deren Genehmigung vervielfältigt werden. Den Behörden ist gestattet, für den inwendigen Gebrauch einfache Ablichtungen mit Hilfe eigener Einrichtungen herzustellen.

Dritter Teil

Gemeinsame Vorschriften

Art. 12

Organisation

(1) Die Landesvermessung, die Aufstellung, Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters sowie die für die Fortführung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters erforderlichen Vermessungen sind Aufgaben des Staates.

(2) Oberste Behörde für das staatliche Vermessungs- und Katasterwesen ist das Staatsministerium der Finanzen.

(3) Landeszentralbehörden für den gesamten Bereich der Landesvermessung ist das Bayerische Landesvermessungsamt; es ist dem Staatsministerium der Finanzen unmittelbar nachgeordnet. Neben der Landesvermessung gehören zu den Aufgaben des Landesvermessungsamts die Herausgabe und Erneuerung der Katasterkarten einschließlich der zugehörigen Übersichtskarten sowie die Durchführung von Katasterneuvermessungen einschließlich der Fertigung der für die Fortführung der öffentlichen Bü-

cher erforderlichen Ausweise. Das Staatsministerium der Finanzen kann sonstige Aufgaben aus dem Bereich des Liegenschaftskatasters, die zweckmäßig zentral bearbeitet werden, dem Landesvermessungsamt übertragen.

(4) Die Führung des Liegenschaftskatasters und der Vollzug der Katastervermessungen sind unbeschadet der in den Absätzen 3, 5, 6 und 7 enthaltenen Sonderregelungen Aufgaben der staatlichen Vermessungsämter. Die Vermessungsämter wirken bei der Erneuerung des Katasterkartenwerks mit. Die Organisation der staatlichen Vermessungsämter und der Bezirksfinanzdirektionen als deren Aufsichtsbehörden wird durch das Staatsministerium der Finanzen geregelt.

(5) Die staatlichen Flurbereinigungsbehörden führen im Rahmen ihrer Dienstaufgaben die Katastervermessung an den in eine Flurbereinigung oder Zusammenlegung einbezogenen Grundstücken selbst aus. Die Ermittlung strittiger Grenzen bleibt den staatlichen Vermessungsbehörden vorbehalten.

(6) Die für den Vermessungsdienst zuständigen Stellen der Deutschen Bundesbahn sind befugt, Katastervermessungen an Liegenschaften vorzunehmen, die zum Vermögen der Deutschen Bundesbahn gehören oder von ihr zum Erwerb vorgesehen sind. Katastervermessungen auf Grundstücken, die zum Erwerb vorgesehen sind, dürfen nur mit Zustimmung des Eigentümers vorgenommen werden.

(7) Das Städtische Vermessungsamt München ist befugt, innerhalb des Stadtgebiets an Liegenschaften, die im Eigentum der Landeshauptstadt stehen oder von ihr zum Erwerb vorgesehen sind, Katastervermessungen auszuführen. Absatz 5 Satz 2 und Absatz 6 Satz 2 sind anzuwenden.

(8) In das Liegenschaftskataster dürfen nur solche Katastervermessungen übernommen werden, die unter der Verantwortlichkeit eines zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst befähigten Beamten ausgeführt worden sind.

Art. 13

Duldungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken und Gebäuden müssen dulden, daß die Personen, die mit den Vermessungen zum Vollzug dieses Gesetzes beauftragt sind, die erforderlichen Arbeiten vornehmen, Vermessungszeichen anbringen und für die Dauer der Arbeiten Beobachtungszeichen und -gerüste errichten, soweit dies für die Vermessungsarbeiten notwendig ist. Vor dem Betreten von Gebäuden und eingefriedeten Grundstücken sind die Eigentümer oder die Nutzungsberechtigten zu verständigen. Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung des Inhabers betreten werden.

(2) Die Grundstücks- und Gebäudeeigentümer sowie die sonstigen Berechtigten haben die Vermessungszeichen sowie die Beobachtungszeichen und -gerüste zu schonen und die Vermessungszeichen, soweit sie nicht unterirdisch angebracht sind, erkennbar zu halten. Wer Arbeiten beabsichtigt oder durchführt, die den festen Stand oder die Erkennbarkeit von Vermessungszeichen gefährden, hat die Sicherung oder Versetzung der Vermessungszeichen beim staatlichen Vermessungsamt zu beantragen. Dasselbe gilt auch für Maßnahmen, die die unmittelbare Umgebung von Vermessungszeichen so verändern, daß aus dem Vermessungszeichen eine Gefahrenquelle wird.

(3) Entsteht dem Eigentümer oder einem sonstigen Berechtigten durch eine nach diesem Gesetz zu duldenende Maßnahme ein nicht zumutbarer Vermögensschaden, so leistet der Staat hierfür auf Antrag eine angemessene Entschädigung in Geld. Der Staat kann von demjenigen, der die Kosten der Maßnahme trägt, Erstattung der nach Satz 1 geleisteten notwendigen Aufwendungen verlangen. Über den Erstattungsan-

spruch nach Satz 2 entscheiden im Streitfall die ordentlichen Gerichte.

Art. 14

Gebühren und Auslagen

(1) Für Tätigkeiten im Vollzug dieses Gesetzes werden Gebühren und Auslagen nach Maßgabe des Kostengesetzes und der dazu erlassenen Rechtsverordnungen erhoben. Sondervorschriften bleiben unberührt.

(2) Die Gebühren und Auslagen für die Vermessung und katastertechnische Behandlung der Gebäudeveränderungen sowie für die in Verbindung damit notwendig werdenden Grenzfeststellungen schuldet, wer bei Fälligkeit der Gebühr Gebäudeeigentümer ist.

(3) Für die Beurkundung oder Beglaubigung von Anträgen auf Vereinigung oder Teilung von Grundstücken gemäß Art. 9 werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben.

Art. 15

Ordnungswidrigkeiten

(1) Soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit Strafe bedroht ist, kann

1. mit Geldbuße bis zu 5000 DM belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig unbefugt
 - a) Ergebnisse der Landesvermessung vervielfältigt oder veröffentlicht,
 - b) Abschriften oder Auszüge aus dem Liegenschaftskataster herstellt oder vervielfältigt,
2. mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) unbefugt Vermessungszeichen, Beobachtungszeichen oder Beobachtungsgerüste beschädigt oder entfernt,
 - b) Unterlagen, die gemäß Art. 3 Abs. 2 eingefordert werden, nicht zur Verfügung stellt,
 - c) Angaben, zu denen er nach Art. 10 Abs. 2 verpflichtet ist, verweigert oder unrichtig oder unvollständig macht.

(2) In den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 kann auf Einziehung der durch die Ordnungswidrigkeit gewonnenen oder erlangten Gegenstände erkannt werden.

Art. 16

Schlußbestimmungen

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. September 1970 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

Das Gesetz über die Landesvermessung vom 10. Oktober 1950 (GVBl. S. 210, BayBS III S. 606) und die Verordnung über den Fortführungsvermessungsdienst vom 18. Oktober 1939 (GVBl. S. 295, BayBS III S. 613).

(3) Ferner treten außer Kraft:

Das bayerische Grundsteuergesetz vom 15. August 1828 in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1910 (BayBS III S. 599),

das Gesetz über die Einmessung der Gebäudeveränderungen vom 26. April 1961 (GVBl. S. 133),

das Gesetz über die Beurkundungs- und Beglaubigungsbefugnis der Vermessungsbehörden vom 15. November 1937 (BayBS ErgB S. 162) und

Artikel 134 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1899 (BayBS III S. 89).

In Gemeinden und gemeindefreien Gebieten, in denen das Liegenschaftskataster noch nicht angelegt ist, sind diese Vorschriften bis zum Ende der Offenlegung des Liegenschaftskatasters anzuwenden.

München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. G o p p e l

Gesetz

über die künstliche Besamung landwirtschaftlicher Zuchttiere (Besamungsgesetz)

Vom 31. Juli 1970

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

I. Abschnitt

Künstliche Besamung

Art. 1

Gewinnung und Aufbereitung, Abgabe, instrumentelle Einführung von Samen

(1) Die Gewinnung und Aufbereitung von Samen zum Zweck der instrumentellen Einführung bei fremden landwirtschaftlichen Zuchtieren (Pferde, Rinder, Schweine, Schafe und Ziegen) ist nur Besamungsstationen (Art. 2) gestattet.

(2) Samen darf nur von Besamungsstationen und nur an Tierärzte, Besamungstechniker (Art. 5), Tierhalter und Besamungsstationen abgegeben werden.

(3) Zur instrumentellen Einführung von Samen sind nur Tierärzte sowie Personen befugt, denen hierfür eine Erlaubnis erteilt ist (Art. 5 und 7).

(4) Die Abgabe und die instrumentelle Einführung von Samen ist nur auf Grund schriftlicher Verträge gestattet, die der Genehmigung des Tierzuchtamtes bedürfen. Die Genehmigung kann unter Auflagen oder Bedingungen erteilt werden. Sie gilt als erteilt, falls nicht binnen einem Monat nach Antragstellung und Vorlage der Vertragsurkunde einem der Vertragspartner eine Entscheidung des Tierzuchtamtes zugegangen ist. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn ein Vertrag den bestehenden Rechtsvorschriften, insbesondere den zur Förderung der Tierzucht ergangenen Bestimmungen widerspricht oder wenn die Versagung zur Erfüllung der Zwecke dieses Gesetzes, insbesondere zur Vermeidung von enger Verwandtschaftszucht, zur ausreichenden Sicherung der Abstammung und zur Vermeidung der Übertragung von Tierkrankheiten erforderlich ist. Für die Abgabe von Samen von einer Besamungsstation an eine andere sowie für Einzelbesamungen können Ausnahmen von Satz 1 dieses Absatzes zugelassen werden.

(5) Wissenschaftlichen Anstalten und Einrichtungen kann das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zu Forschungszwecken Befreiung von Vorschriften dieses Gesetzes gewähren.

II. Abschnitt

Besamungsstationen

Art. 2

Zulassung

Wer eine Vattertierhaltung zum Zweck der Gewinnung und Aufbereitung von Samen (Besamungsstation) betreiben will (Stationsinhaber), bedarf der Zulassung, die vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern erteilt wird, wenn

1. die für einen ordnungsgemäßen Betrieb erforderlichen Räume und Einrichtungen vorhanden sind und die Einhaltung seuchenhygienischer Mindestanforderungen gewährleistet ist,
2. die tierärztlich-fachtechnische Leitung durch einen Tierarzt (Stationstierarzt) gesichert ist, der insoweit die Verantwortung, insbesondere für die ordnungsgemäße Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung der Übertragung von Tierkrankheiten und zur Sicherung der Abstammung, trägt.

Art. 3

Zurücknahme der Zulassung

(1) Die Zulassung ist zurückzunehmen, wenn eine Zulassungsvoraussetzung nicht nur vorübergehend wegfällt.

(2) Die Zulassung kann zurückgenommen werden, wenn der Stationsinhaber

1. den beim Betrieb einer Besamungsstation zu beachtenden Rechtsvorschriften wiederholt oder schwer zuwiderhandelt,
2. einem Stationstierarzt, der den bei seiner Tätigkeit zu beachtenden Rechtsvorschriften wiederholt oder schwer zuwidergehandelt hat, nicht innerhalb einer vom Tierzuchtamt gesetzten Frist die tierärztlich-fachtechnische Leitung der Besamungsstation entzieht oder
3. die Samenabgabe an Empfänger, die wiederholt oder schwer gegen Bestimmungen dieses Gesetzes oder seiner Vollzugsvorschriften verstoßen haben, nicht innerhalb einer vom Tierzuchtamt gesetzten Frist einstellt.

Art. 4

Überwachung

(1) Die tierzüchterische Überwachung der Besamungsstationen obliegt dem Tierzuchtamt, die tiergesundheitsliche Überwachung dem Amtstierarzt. Die Einhaltung der für den Betrieb von Besamungsstationen ergangenen Rechtsvorschriften kann auch durch Beauftragte der Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Innern sowie der Regierung überprüft werden.

(2) Die Beauftragten sind berechtigt, die Betriebsräume zu betreten, diese und die Einrichtungen zu besichtigen, die der Durchführung der künstlichen Besamung dienenden Unterlagen einzusehen, sowie Auskünfte zu verlangen. Das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird insoweit eingeschränkt.

III. Abschnitt

Durchführung der künstlichen Besamung

Art. 5

Besamungstechniker

(1) Wer, ohne als Tierarzt bestellt zu sein, die instrumentelle Einführung von Samen bei landwirtschaftlichen Zuchtieren vornehmen will (Besamungstechniker), bedarf der Erlaubnis des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

(2) Die Erlaubnis wird auf Antrag Personen erteilt, die an einem Ausbildungslehrgang (Art. 6) mit Erfolg teilgenommen haben. Sie kann zurückgenommen werden, wenn Besamungstechniker den für die Ausübung ihres Berufs ergangenen Rechtsvorschriften wiederholt oder schwer zuwiderhandeln.

(3) Der Besamungstechniker unterliegt der Aufsicht des Stationstierarztes.

(4) Soweit in Tierbeständen viehseuchenrechtliche Maßregeln zur Bekämpfung von Deckinfektionen angeordnet sind, dürfen Besamungstechniker die instrumentelle Einführung von Samen nicht vornehmen.

Art. 6

Ausbildung der Besamungstechniker

Lehrgänge zur Ausbildung von Besamungstechnikern dürfen nur an Ausbildungsstätten abgehalten werden, die vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern anerkannt sind. Die Ausbildungsstätten müssen unter tierärztlicher Leitung stehen.

Art. 7

Tierhalter

(1) Tierhaltern kann in begründeten Ausnahmefällen die instrumentelle Einführung von Samen in Tierbeständen des eigenen Betriebs auf Antrag durch das Tierzuchtamt gestattet werden, wenn sie an einem Kurzlehrgang an einer anerkannten Ausbildungsstätte (Art. 6) mit Erfolg teilgenommen haben. Die Erlaubnis kann unter Auflagen oder Bedingungen erteilt werden. Sie ist zurückzunehmen, wenn die für ihre Erteilung maßgebenden Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

(2) Für Halter von Tieren in Gemeinschaftsställen gilt Absatz 1 mit der Maßgabe, daß die Erlaubnis für den gesamten Tierbestand des Gemeinschaftsstalles erteilt werden kann.

IV. Abschnitt

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art. 8

Besamungsstationen, Besamungstechniker

(1) Besamungsstationen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehen, bedürfen nicht der neuerlichen Zulassung.

(2) Ihre Zulassung wird zurückgenommen, wenn

1. der Stationsinhaber die Zulassungsvoraussetzungen (Art. 2) nicht innerhalb einer vom Tierzuchtamt gesetzten Frist erfüllt oder
 2. eine Zulassungsvoraussetzung nicht nur vorübergehend wegfällt.
- (3) Art. 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Für im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes als Besamungstechniker ordnungsgemäß tätige Personen gilt die Erlaubnis nach Art. 5 als erteilt.

Art. 9

Änderungs- und Ergänzungsvorschriften zu den Tierzuchtgesetzen

(1) Das Gesetz zur Förderung der Tierzucht in Bayern (Tierzuchtgesetz) vom 14. Juni 1949 (BayBS IV S. 419) wird wie folgt geändert:

a) Art. 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Zur künstlichen Besamung dürfen gekörte männliche Tiere nur mit besonderer Genehmigung des zuständigen Tierzuchtamtes verwendet werden, das an Gutachten des Körausschusses für künstliche Besamung (Art. 2 Abs. 2) gebunden ist.“

b) Art. 2 Abs. 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Der Körausschuß für Hengste, die Körausschüsse für Sonderkörungen sowie der Körausschuß für künstliche Besamung werden vom Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten entsprechend gebildet.“

(2) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung Vorschriften über die Voraussetzungen und das Verfahren bei Erteilung der besonderen Genehmigung (Art. 1 Abs. 2 des Tierzuchtgesetzes vom 14. Juni 1949) zu erlassen. Hierbei können Mindestanforderungen an die Gesundheit, insbesondere hinsichtlich normaler Geschlechtsfunktionen und des Freiseins von übertragbaren Seuchen, von Seuchenverdacht und von erkennbaren Erbängeln, sowie an die Nutzleistung der Tiere, ihrer Vorfahren und Nachkommen gestellt und Bestimmungen über die Blutgruppenuntersuchung getroffen werden.

(3) Die Deckerlaubnis (Art. 5 des Tierzuchtgesetzes vom 14. Juni 1949, § 5 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der tierischen Erzeugung vom

7 Juli 1949. WiGBl. 1949 S. 181) für in der künstlichen Besamung verwendete Tiere (Besamungserlaubnis) kann räumlich, zeitlich oder zahlenmäßig beschränkt werden, wenn insbesondere

1. das Ergebnis der Überprüfung ihrer Nutzleistungen und der Gesundheit ihrer Nachzucht durch eine staatliche Prüfstelle (Zuchtwertprüfstelle) nicht vorliegt,
2. die Nutzleistungen der Nachzucht, gemessen am Durchschnitt vergleichbarer Tiere, nicht überdurchschnittlich sind,
3. wegen Inzuchtgefahr eine Beschränkung erforderlich ist oder
4. es die Durchführung von Zuchtprogrammen erforderlich macht.

Art. 10

Durchführungsbestimmungen

Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern durch Rechtsverordnung Vorschriften zu erlassen über

1. die Aufgaben der Tierärzte und Besamungstechniker beim Vollzug dieses Gesetzes, insbesondere bei der instrumentellen Einführung von Samen (Art. 1 Abs. 3, Art. 5 Abs. 1 und 4),
2. den Mindestinhalt der Verträge, das Verfahren bei ihrer Genehmigung und die Zulassung von Ausnahmen für Einzelbesamungen (Art. 1 Abs. 4),
3. die Befreiung wissenschaftlicher Anstalten und Einrichtungen von Vorschriften dieses Gesetzes (Art. 1 Abs. 5),
4. die zum ordnungsgemäßen Betrieb einer Besamungsstation notwendigen Räume und Einrichtungen sowie über die seuchenhygienischen Mindestanforderungen, insbesondere die zur Vermeidung der Übertragung von Tierkrankheiten durchzuführenden Untersuchungen der zur künstlichen Besamung verwendeten männlichen Tiere, und die sonst zu treffenden Vorkehrungen, insbesondere zur Erreichung zufriedenstellender Befruchtungsergebnisse (Art. 2 Nr. 1),
5. die Aufgaben der Stationstierärzte, insbesondere auch über Art und Mindestinhalt der Buchführung, die Kennzeichnung der zu besamenden Tiere und ihrer Nachkommen sowie die zum Schutz gegen Samenverwechslungen zu treffenden Maßnahmen (Art. 2 Nr. 2), ferner über die Beaufsichtigung der Besamungstechniker (Art. 5 Abs. 3),
6. den Ausbildungsgang und das Prüfungsverfahren sowie die an die technische Einrichtung und die personelle Besetzung einer Ausbildungsstätte zu stellenden Anforderungen (Art. 6 und 7).

Art. 11

Bußgeldvorschriften

Mit Geldbuße kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. ein gekörtes männliches Tier ohne besondere Genehmigung (Art. 1 Abs. 2 des Tierzuchtgesetzes vom 14. Juni 1949) zur künstlichen Besamung verwendet;
2. Samen zum Zweck der instrumentellen Einführung bei landwirtschaftlichen Zuchttieren
 - a) ohne die nach Art. 2 erforderliche Zulassung gewinnt oder abgibt oder
 - b) an andere als in Art. 1 Abs. 2 genannten Personen oder Stellen abgibt oder
 - c) von Personen oder Stellen erwirbt, die zur Abgabe nicht berechtigt sind;
3. Samen bei landwirtschaftlichen Zuchttieren instrumentell einführt, ohne hierfür die Erlaubnis (Art. 5 und 7) zu besitzen oder als Tierarzt bestallt zu sein;

4. den Vorschriften des Art. 1 Abs. 4 Satz 1 zuwiderhandelt oder eine Auflage nach Art. 1 Abs. 4 Satz 2 nicht erfüllt;

5. als Inhaber oder Bediensteter einer Besamungsstation oder als Stationstierarzt, Tierarzt oder Besamungstechniker den gemäß Art. 10 Abs. 1 Nr. 1, 4 und 5 ergangenen Rechtsvorschriften zuwiderhandelt, sofern darin ausdrücklich auf diese Bestimmung verwiesen ist.

Art. 12

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1971 in Kraft. Gleichzeitig treten die Verordnung über die Regelung der künstlichen Besamung der Haustiere (Erste Besamungsverordnung) vom 15. Dezember 1950 (BayBS IV S. 422) in der Fassung vom 22. Februar 1965 (GVBl. S. 34) und die Verordnung über die Ausbildung von Besamungstierärzten und Besamungstechnikern (Zweite Besamungsverordnung) vom 15. Dezember 1950 (BayBS IV S. 427) außer Kraft.

München, den 31. Juli 1970

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Verordnung

über die Umgliederung der Gemeinde Mörmoosen (Landkreis Mühldorf a. Inn) in den Markt Tüßling (Landkreis Altötting) und über die Änderung der Grenzen der Landkreise Mühldorf a. Inn und Altötting

Vom 3. August 1970

Auf Grund Art. 8 Abs. 1 und 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern vom 16. Februar 1952 (BayBS I S. 515) in Verbindung mit Art. 11 Abs. 2 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern vom 25. Januar 1952 (BayBS I S. 461) erläßt die Bayerische Staatsregierung mit Zustimmung des Bayerischen Landtags folgende Verordnung:

§ 1

Die Gemeinde Mörmoosen wird aus dem Landkreis Mühldorf a. Inn ausgegliedert und in den Markt Tüßling (Landkreis Altötting) eingegliedert.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1970 in Kraft.

München, den 3. August 1970

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

Verordnung

zur Durchführung der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten — DVVbF —

Vom 22. Juli 1970

Auf Grund des § 52 Abs. 3 der Verordnung, den Vollzug der Reichsgewerbeordnung betreffend, vom 29. März 1892 (BayBS IV S. 9) in Verbindung mit § 9 Nr. 11 und § 10 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 (BayBS I S. 19) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge folgende Verordnung:

§ 1

Zuständige Behörde im Sinne des § 6 a, des § 6 b Abs. 1 und des § 21 Abs. 1 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten in der Fassung vom 5. Juni 1970 (BGBl. I S. 689) ist

1. für Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, das

im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern entscheidet,

2. für andere Anlagen das Gewerbeaufsichtsamt.

§ 2

(1) Zuständige Behörde im Sinne des § 6 b Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten ist das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, es entscheidet auch über die Zurücknahme und den Widerruf einer nach § 6 b Abs. 2 verfügten Zulassung von Ausnahmen.

(2) Das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge ist Zulassungsbehörde im Sinne des § 11 a der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten, es ist auch für die Zurücknahme und den Widerruf der Zulassung zuständig.

§ 3

Erlaubnisbehörde im Sinne des § 9 Abs. 2 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten ist

1. für Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 die Kreisverwaltungsbehörde,
2. für Anlagen nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, das im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern entscheidet.

§ 4

Zuständige Behörde für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne des § 20 Abs. 3 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten ist die Kreisverwaltungsbehörde.

§ 5

In den Fällen des § 1 Nr. 2, des § 3 Nr. 1 und des § 4 dieser Verordnung ist das Gewerbeaufsichtsamt oder die Kreisverwaltungsbehörde örtlich zuständig, in deren Bezirk sich die Anlage befindet oder errichtet werden soll.

§ 6

Befindet sich eine Anlage nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten (Fernleitung) im Bezirk mehrerer Gewerbeaufsichtsämter, bestimmt das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge das Gewerbeaufsichtsamt, das für die Aufsicht über die Ausführung der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten in der Fernleitung einschließlich der zu ihr gehörenden Pump- und Verteilerstationen zuständig ist.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 10. August 1970 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Durchführung der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten und der Technischen Verordnung über brennbare Flüssigkeiten vom 13. Mai 1965 (GVBl. S. 90) außer Kraft.

München, den 22. Juli 1970

**Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und soziale Fürsorge**
Dr. Pirkel, Staatsminister

Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Mindelrieder Paradies“

Vom 24. Juli 1970

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2 und 15 Abs. 1 Satz 2 des Naturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (BayBS ErgB S. 1) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern auf dem Gebiete des Naturschutzes vom 13. September 1948 (BayBS I S. 209) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern als Oberste Naturschutzbehörde folgende Verordnung:

§ 1

Das Mindezzied beiderseits des Bächleins „Flossach“ in der Gemarkung Balzhausen, Landkreis Krumbach (Schwaben) etwa 2 km südlich des Ortes Balzhausen wird in dem in § 2 näher bezeichneten Umfang am Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung als Naturschutzgebiet „Mindelrieder Paradies“ in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit unter Naturschutz gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von ca. 31,57 ha; es umfaßt die nachstehend aufgeführten Grundstücke in der Gemarkung Balzhausen: Flurstück-Nr. 1462, 1487 bis 1544, 1545 (Teilfläche), 1884 (Teilfläche), 2628 (Teilfläche), 2629, 2631, 2635, 2636 (Teilfläche) und 2636/1.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes verlaufen von der Südostecke des Flurst. Nr. 1544 in westlicher Richtung entlang den Südgrenzen der Flurst. Nr. 1544 und 1545 bis zur Südwestecke des Flurst. Nr. 1545, weiter in nördlicher Richtung entlang der Westgrenze dieses Flurstücks bis zu dem Schnittpunkt mit einer gedachten Verlängerung der Südgrenze des Flurst. Nr. 1486 nach Westen, entlang dieser gedachten Verlängerung weiter in östlicher Richtung zunächst bis zur Südwestecke des Flurst. Nr. 1486, dann weiter entlang der Südgrenze dieses Flurst. bis zur Südwestecke des Flurst. Nr. 1462, weiter in nördlicher Richtung entlang der Westgrenze dieses Flurstücks bis zu dem Flurst. Nr. 1545, dann in östlicher Richtung entlang der Nordgrenze des Flurst. Nr. 1462 bis zur Westgrenze des Flurst. Nr. 1884 (Flossach), in nördlicher Richtung dem Westufer der Flossach entlang bis zu dem Schnittpunkt mit einer gedachten Verlängerung der Südwestgrenze des Flurst. Nr. 1461 nach Nordwesten, dann in südöstlicher Richtung zur Nordecke des Flurst. Nr. 2631 (Riedgraben), der Nordostgrenze dieses Flurstücks entlang bis zur Südecke des Flurst. Nr. 2632, in südwestlicher Richtung entlang dem Südrand des Flurst. Nr. 2629 bis zum Ostrand des Flurst. Nr. 2628, dann in südöstlicher Richtung entlang der Nordostgrenze des Flurst. Nr. 2628 bis zur Grenze des Flurst. Nr. 2635, weiter entlang der Grenze zwischen den Flurstücken Nr. 2634 und 2635 bis zur Grenze des Flurst. Nr. 2628, weiter in südöstlicher und dann in südlicher Richtung dem Nordost- und dann dem Ostrand des Flurst. Nr. 2628 entlang bis zur Südwestecke des Flurst. Nr. 2637, weiter in westlicher und dann in südlicher Richtung entlang der Nord- und dann der Westgrenze des Flurst. Nr. 2638 bis zur Gemarkungsgrenze Balzhausen — Haselbach, dann weiter zunächst westlich und dann südlich entlang dieser Gemarkungsgrenze bis zur Südostecke des Flurst. Nr. 1544 der Gemarkung Balzhausen.

(3) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in Karten 1:25 000 und 1:5000 rot eingetragen, die beim Staatsministerium des Innern in München als Oberster Naturschutzbehörde niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz in München, der Regierung von Schwaben in Augsburg und beim Landratsamt Krumbach (Schwaben).

§ 3

Im Schutzgebiet ist es gemäß § 16 Abs. 2 des Naturschutzgesetzes verboten, ohne Genehmigung Veränderungen vorzunehmen, insbesondere

- a) Bodenbestandteile abzubauen, neue Wege anzulegen oder bestehende zu verändern, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
- b) bauliche Anlagen im Sinne des Art. 2 Abs. 2 und § 3 der Bayerischen Bauordnung zu errichten, auch wenn sie baurechtlich nicht genehmigungspflichtig sind;

- c) die Wasserläufe, deren Ufer, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern;
- d) Drahtleitungen zu errichten;
- e) die Pflanzen- oder Tierwelt durch standortfremde Arten zu verfälschen;
- f) eine andere als die nach § 5 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben, insbesondere bisher nicht kultivierte Riedflächen umzubereiten oder aufzuforsten.

§ 4

Ferner wird gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 des Naturschutzgesetzes verboten:

- a) von wildwachsenden Pflanzen mehr als einen Handstrauß zu entnehmen oder Wurzeln, Wurzelstöcke, Knollen, Zwiebeln oder Rosetten auszureißen, auszugraben oder zu beschädigen; das Verbot, vollkommen geschützte Pflanzen überhaupt zu pflücken, auszureißen, auszugraben oder zu beschädigen (Art. 5 des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 29. Juni 1962, GVBl. S. 95) bleibt unberührt;
- b) freilebenden Tieren, auch wenn sie nicht nach dem Naturschutz-Ergänzungsgesetz besonders geschützt sind, nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brutstätten wegzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet der Abwehr von Kulturschädlingen;
- c) Unrat, Klärschlamm, Steine, Bauschutt, Schrott, Gerümpel, außer Betrieb gesetzte Fahrzeuge, Verpackungsmaterial, Behältnisse oder sonstige Abfälle wegzuwerfen oder abzulagern oder das Gelände auf andere Weise zu verunreinigen oder zu beeinträchtigen;
- d) zu selten, zu lärmend oder Tonübertragungsgeräte oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen, wenn andere dadurch belästigt oder freilebende Tiere beunruhigt werden können; die Vorschriften des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes in der Fassung vom 3. Januar 1967 (GVBl. S. 243) über den Schutz vor schädlichen Einwirkungen bleiben unberührt;
- e) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, die nicht ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen; Wegemarkierungen, Ortshinweise und Warntafeln dürfen nur mit Zustimmung des Landratsamtes Krumbach (Schwaben) als Unterer Naturschutzbehörde angebracht werden;
- f) außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege mit Kraftfahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder dort zu parken.

§ 5

(1) Unberührt bleiben

- a) die rechtmäßige Ausübung der Jagd,
- b) die ordnungsmäßige herkömmliche land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung. Die Durchführung von Entwässerungen und die Errichtung von Gebäuden (Art. 2 Abs. 3 der Bayerischen Bauordnung) und von Zäunen und Einfriedungen, zu denen Beton verwendet werden soll, bleiben nach § 3 verboten, auch wenn sie der ordnungsmäßigen land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung dienen;
- c) die Unterhaltung der Gewässer im Rahmen des Art. 42 des Bayerischen Wassergesetzes vom 26. Juli 1962 (GVBl. S. 143).

(2) Aus wichtigen Gründen kann das Staatsministerium des Innern als Oberste Naturschutzbehörde Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 dieser Verordnung zulassen. Die Regierung von Schwaben als Höhere Naturschutzbehörde wird ermächtigt, aus wichtigen Gründen Ausnahmen von den Bestimmungen des § 4 dieser Verordnung zuzulassen. Diese

Ausnahmegenehmigungen können an Auflagen gebunden werden.

§ 6

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen ein Verbot der §§ 3 oder 4 dieser Verordnung und das vorsätzliche oder fahrlässige Nichterfüllen von Auflagen nach § 5 Abs. 2 dieser Verordnung werden nach § 21 des Naturschutzgesetzes geahndet.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. September 1970 in Kraft.

München, den 24. Juli 1970

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. M e r k, Staatsminister

**Landesverordnung
über das Naturschutzgebiet
„Sandharlander Heide“ im Landkreis Kelheim
Vom 27. Juli 1970**

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2 und 15 Abs. 1 Satz 2 des Naturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (BayBSErgB S. 1) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit des Staatsministeriums des Innern auf dem Gebiete des Naturschutzes vom 13. September 1948 (BayBS I, S. 209) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern als Oberste Naturschutzbehörde folgende Verordnung:

§ 1

Die Sandharlander Heide in der Gemarkung Sandharlanden, Lkr. Kelheim, wird in dem in § 2 näher bezeichneten Umfang mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit unter Naturschutz gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 11,08 ha und umfaßt in der Gemarkung Sandharlanden das Flurstück 653 (teilweise).

(2) Das Schutzgebiet liegt westlich von Sandharlanden und nördlich der Kreisstraße KEH 7. Seine größte Länge beträgt in West-Ost-Richtung ca. 750 Meter, die Breite beträgt durchschnittlich ca. 100 Meter; der rechtwinklig nach Süden abzweigende Streifen ist ca. 300 Meter lang und durchschnittlich ca. 75 Meter breit.

(3) Die Grenze des Schutzgebietes ist gleich der Grenze des Flurstücks 653, Gemarkung Sandharlanden, mit Ausnahme des nach Süden vorspringenden Teils, so daß die südliche Grenze gebildet wird von der Verbindungslinie zwischen der Südost-Ecke des Flurstücks 645, Gemarkung Sandharlanden, und der Nordwest-Ecke des Flurstücks 781, Gemarkung Sandharlanden.

(4) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in Karten 1:25 000 und 1:5000 rot eingetragen, die beim Staatsministerium des Innern in München als Oberster Naturschutzbehörde niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Bayerischen Landesstelle für Naturschutz in München, der Regierung von Niederbayern in Landshut und beim Landratsamt Kelheim.

§ 3

Im Schutzgebiet ist es gemäß § 16 Abs. 2 des Naturschutzgesetzes verboten, ohne Genehmigung Veränderungen vorzunehmen, insbesondere

- a) Bodenbestandteile abzubauen, neue Wege oder Steige anzulegen oder bestehende zu verändern, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern;
- b) bauliche Anlagen im Sinne des Art. 2 Abs. 2 und 3 der Bayerischen Bauordnung zu errichten, auch wenn sie nicht baugenehmigungspflichtig sind;

- c) Drahtleitungen zu errichten;
- d) Kahlschläge durchzuführen;
- e) die Pflanzen- oder Tierwelt durch standortfremde Arten zu verfälschen;
- f) eine andere als die nach § 5 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben.

§ 4

Ferner wird gemäß § 15 Abs. 1 Satz 2 des Naturschutzgesetzes verboten:

- a) von wildwachsenden Pflanzen mehr als einen Handstrauß zu entnehmen oder Wurzeln, Wurzelstöcke, Knollen, Zwiebeln oder Rosetten auszureißen, auszugraben oder zu beschädigen; das Verbot, vollkommen geschützte Pflanzen überhaupt zu pflücken, auszureißen, auszugraben oder zu beschädigen (Art. 5 des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 29. Juni 1962, GVBl. S. 95), bleibt unberührt;
- b) freilebenden Tieren, auch wenn sie nicht nach dem Naturschutz-Ergänzungsgesetz besonders geschützt sind, nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brutstätten wegzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet der Abwehr von Kulturschädlingen;
- c) Unrat, Klärschlamm, Steine, Bauschutt, Schrott, Gerümpel, außer Betrieb gesetzte Kraftfahrzeuge, Verpackungsmaterial, Behältnisse oder sonstige Abfälle wegzuerwerfen oder abzulagern oder das Gelände auf andere Weise zu verunreinigen oder zu beeinträchtigen;
- d) zu zelten, zu lärmern oder Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen, wenn andere dadurch belästigt oder freilebende Tiere beunruhigt werden können; die Vorschriften des Bayerischen Landesstraf- und Verordnungs-gesetzes vom 3. Januar 1967 (GVBl. S. 243) über den Schutz vor schädlichen Einwirkungen bleiben unberührt.
- e) außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen und Wege mit Kraftfahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder dort zu parken;
- f) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, die nicht ausschließlich auf den Schutz des Gebietes hinweisen; Wegemarkierungen, Ortshinweise und Warntafeln dürfen nur mit Zustimmung des Landratsamtes Kelheim als Untere Naturschutzbehörde angebracht werden.

§ 5

(1) Unberührt bleiben die herkömmliche ordnungsmäßige land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung, die Bekämpfung der Berberitze im notwendigen Umfang und die rechtmäßige Ausübung der Jagd. Die Errichtung von Gebäuden (Art. 2 Abs. 3 der Bayerischen Bauordnung) und von Zäunen und Einfriedungen, zu denen Beton verwendet werden soll, bleibt nach § 3 verboten, auch wenn sie der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung oder der rechtmäßigen Ausübung der Jagd dienen soll.

(2) Aus wichtigen Gründen kann das Staatsministerium des Innern als Oberste Naturschutzbehörde Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 dieser Verordnung zulassen. Die Regierung von Niederbayern als Höhere Naturschutzbehörde wird ermächtigt, aus wichtigen Gründen Ausnahmen von den Bestimmungen des § 4 dieser Verordnung zuzulassen. Diese Ausnahmegenehmigungen können an Auflagen gebunden werden.

§ 6

Vorsätzliche oder fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen ein Verbot der §§ 3 und 4 dieser Verordnung und das vorsätzliche oder fahrlässige Nichterfüllen

von Auflagen nach § 5 Abs. 2 dieser Verordnung werden nach § 21 des Naturschutzgesetzes geahndet.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. September 1970 in Kraft.

München, den 27. Juli 1970

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Merk, Staatsminister

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Wahl der Elternbeiräte an den Volksschulen

— Wahlordnung —

(4. AVVoSchG)

Vom 31. Juli 1970

Auf Grund des Art. 64 des Volksschulgesetzes (VoSchG) vom 17. November 1966 (GVBl. S. 402), zuletzt geändert durch Gesetze vom 31. Juli 1970 (GVBl. S. 345 und S. 369), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Wahl der Elternbeiräte an den Volksschulen — Wahlordnung — (4. AVVoSchG) vom 11. August 1969 (GVBl. S. 249) wird wie folgt geändert:

1. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Wahlberechtigung und Wählbarkeit

- (1) Wahlberechtigt sind alle Erziehungsberechtigten, die wenigstens ein Kind haben, das die betreffende Volksschule besucht. Wahlberechtigt sind auch die Erziehungsberechtigten der Gast-schüler. Wer Erziehungsberechtigter ist, ist in § 2 der Verordnung über die Schulanmeldung (3. AVVoSchG) bestimmt.
- (2) Wählbar sind die in Absatz 1 genannten Wahlberechtigten mit Ausnahme der an der betreffenden Volksschule tätigen Lehrer.
- (3) Wählbare Erziehungsberechtigte können auch dann gewählt werden, wenn sie in der Wahlversammlung nicht anwesend sind.“
2. In Art. 6 Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „eine Stimme“ ersetzt durch die Worte „einen Stimmzettel (Anlage 2)“.
3. § 9 erhält folgende Fassung:

„§ 9

Bekanntgabe der Wahlvorschläge

Der Wahlvorstand gibt die Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs (§ 7) bekannt und macht sie im Versammlungsraum deutlich sichtbar.“

4. § 10 erhält folgende Fassung:

„§ 10

Durchführung der Wahl

- (1) Die Wahl erfolgt schriftlich und geheim. Sämtliche Mitglieder des Elternbeirats und sämtliche Ersatzleute werden in einem Wahlgang gewählt.
- (2) Die Wahl wird durch persönliche Stimmabgabe mittels eines Stimmzettels vorgenommen. Im Wahlraum wird eine ausreichende Zahl von Stimmzetteln bereit gehalten. Jeder Wahlberechtigte erhält für jedes seiner die Volksschule besuchenden Kinder auf Vorzeigen der das Kind betreffenden Einladung einen Stimmzettel. Eheleute erhalten für jedes ihrer die Volksschule besuchenden Kinder gemeinsam einen Stimmzettel.
- (3) Stimmberechtigt sind nur die bei der Wahl anwesenden Wahlberechtigten. Haben zwei oder geberechtigte Eheleute gemeinsam einen oder

mehrere Stimmzettel erhalten, so genügt es, wenn einer von ihnen den oder die Stimmzettel ausfüllt.

(4) Mit jedem Stimmzettel können höchstens so viele Personen gewählt werden, als Mitglieder und Ersatzleute zu wählen sind. Gewählt werden können sowohl die in einem Wahlvorschlag aufgeführten Personen als auch andere wählbare Erziehungsberechtigte. Eine Person kann mit einem Stimmzettel nur einmal gewählt werden.

(5) Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Wahlberechtigte in den Stimmzettel die Namen der von ihm gewählten Personen einträgt.

(6) Der Stimmzettel wird so zusammengefaltet, daß die Eintragung von außen nicht erkennbar ist. Sodann übergibt der Wahlberechtigte seine Einladung zusammen mit dem Stimmzettel dem Wahlvorstand. Eine Übergabe des Stimmzettels ohne gleichzeitige Übergabe der Einladung ist unzulässig; es dürfen nur so viele Stimmzettel entgegengenommen werden, als Einladungen übergeben werden. Ein Beisitzer verwahrt die übergebenen Einladungen; ein anderer Beisitzer legt die Stimmzettel in die Urne.

(7) Hat ein Wahlberechtigter einen Stimmzettel verschrieben oder sonst unbrauchbar gemacht, so ist ihm auf Verlangen gegen Vorzeigen der Einladung ein neuer Stimmzettel auszuhändigen. Den unbrauchbaren Stimmzettel behält der Wahlberechtigte.“

5. § 11 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Das Wahlergebnis wird durch Beschluß des Wahlvorstands festgestellt und den Erziehungsberechtigten entweder noch in der Wahlversammlung oder durch schriftliche Mitteilung bekanntgegeben. Im letztgenannten Fall findet § 6 Abs. 3 entsprechende Anwendung.“

6. § 12 Abs. 2 wird aufgehoben.

7. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14

Durchführung der Wahl

(1) In Gemeinden und Schulverbänden mit mehr als vier öffentlichen Volksschulen treten die Vorsitzenden der Elternbeiräte der öffentlichen Volksschulen im Monat Oktober zur Wahl des gemeinsamen Elternbeirats zusammen. Die Einladung zur Wahl wird durch das Staatliche Schulamt vorgenommen, das im Benehmen mit den Vorsitzenden der Elternbeiräte Ort und Zeit der Wahlversammlung festsetzt.

(2) Die Wahlversammlung wird vom Vorsitzenden des gemeinsamen Elternbeirats eröffnet und geleitet; für die erstmalige Wahl eines gemeinsamen Elternbeirats bestimmt das Staatliche Schulamt einen Elternbeiratsvorsitzenden für dieses Amt. Der Wahlvorstand besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern. Die Beisitzer werden von den Vorsitzenden der Elternbeiräte aus ihrer Mitte durch Beschluß bestellt.

(3) Wahlberechtigt sind die Vorsitzenden der Elternbeiräte der öffentlichen Volksschulen in der Gemeinde oder im Schulverband. Diese Wahlberechtigung ist im Unterschied zu der in § 5 Abs. 1 geregelten Wahlberechtigung an das Amt, nicht an die Person gebunden. Wenn der Vorsitzende eines Elternbeirats verhindert ist, an der Wahl des gemeinsamen Elternbeirats teilzunehmen, vertritt ihn sein nach § 17 Abs. 2 gewählter Stellvertreter. Jeder Wahlberechtigte kann einen Stimmzettel abgeben. Wählbar sind die Vorsitzenden und die Mitglieder der in Satz 1 genannten Elternbeiräte.

(4) Wahlvorschläge können von den Vorsitzenden der Elternbeiräte der öffentlichen Volksschulen bis zum Beginn der Wahlhandlung gemacht werden. Die Vorsitzenden der Elternbeiräte

bringen Verzeichnisse der Mitglieder ihrer Elternbeiräte zur Wahlversammlung mit.

(5) Auf die Wahl der Mitglieder des gemeinsamen Elternbeirats finden im übrigen § 8, § 10 Abs. 1, Abs. 2 Sätze 1 mit 3 und Absätze 4 mit 7, ferner § 11, § 12 und § 13 entsprechende Anwendung.“

8. Nach § 15 wird folgender neue § 16 eingefügt:

„§ 16

Wahlanfechtung und Wahlprüfung

(1) Jeder Wahlberechtigte kann binnen 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses die Wahl wegen Verletzung der Wahlbestimmungen durch schriftliche Erklärung beim Staatlichen Schulamt anfechten.

(2) Das Staatliche Schulamt hat die Wahl für ungültig zu erklären, wenn Wahlbestimmungen verletzt wurden und dadurch das Wahlergebnis verdunkelt werden konnte. Wenn eine nichtwählbare Person gewählt wurde, hat es die Wahl dieser Person für ungültig zu erklären. Wenn das vom Wahlvorstand festgestellte Wahlergebnis nicht mit den für die einzelnen Personen festgestellten Stimmzahlen in Einklang steht, hat es das Wahlergebnis zu berichtigen.

(3) Das Staatliche Schulamt kann binnen zwei Monaten auch von Amts wegen die in Absatz 2 genannten Entscheidungen treffen.

(4) Die Entscheidung des Staatlichen Schulamts ist zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem oder den Betroffenen zuzustellen.

(5) Wenn nach Absatz 2 Satz 1 die Wahl durch rechtskräftige Entscheidung für ungültig erklärt worden ist, hat das Staatliche Schulamt unverzüglich eine Nachwahl anzuordnen. Die Nachwahl soll spätestens einen Monat nach der Anordnung stattfinden.“

9. Der bisherige § 16 wird § 17 und erhält folgende Fassung:

„§ 17

Erste Sitzung des Elternbeirats und des gemeinsamen Elternbeirats

(1) Die Einladung zur ersten Sitzung des neugewählten Elternbeirats obliegt dem Vorsitzenden des Elternbeirats, der die Wahl des neuen Elternbeirats geleistet hat. Die Einladungen sollen noch vor Beginn der Amtszeit des neugewählten Elternbeirats (Art. 59 Abs. 2 Satz 2 VoSchG) übermittelt werden.

(2) In der ersten Sitzung wählt der Elternbeirat aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

(3) Nach der ersten Sitzung sind dem Staatlichen Schulamt, dem Schulleiter, der Gemeinde oder dem Schulverband sowie den Erziehungsberechtigten die Namen und Anschriften des Vorsitzenden, seines Stellvertreters und der übrigen Mitglieder des Elternbeirats schriftlich mitzuteilen.

(4) Für den gemeinsamen Elternbeirat gelten die Absätze 1 mit 3 entsprechend; bei der in Absatz 3 vorgeschriebenen Mitteilung treten an die Stelle der Erziehungsberechtigten die Vorsitzenden der einzelnen Elternbeiräte.“

10. Der bisherige § 17 wird § 18.

11. Die Anlagen 1 und 2 zur Wahlordnung erhalten die aus den Anlagen zu dieser Verordnung ersichtliche Fassung.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. August 1970 in Kraft.
München, den 31. Juli 1970

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

I. V. Lauerbach, Staatssekretär

Anlage 1

(zu § 6 Abs. 2 der 4. AVVoSchG)

Sorgfältig aufbewahren — zur Wahlversammlung mitbringen

Betrifft den Schüler / die Schülerin *) der Klasse

(Bezeichnung der Volksschule oder Sonderschule)

(Name und Vorname)

**Einladung
zur Wahl des Elternbeirats**

Am, dem 19, um Uhr findet im Schulgebäude der
(Bezeichnung der Schule, Ort, Straße, Platz, Nr.)

die Wahl der Mitglieder und der Ersatzleute des Elternbeirats dieser Schule für das Schuljahr 19...../..... statt. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Elternbeirats lade ich Sie für den obengenannten Schüler / die obengenannte Schülerin*) zur Wahlversammlung ein.

Der Elternbeirat ist die Vertretung der Erziehungsberechtigten der Schüler unserer Schule. Aufgabe des Elternbeirats ist es,

1. das Vertrauensverhältnis zwischen den Erziehungsberechtigten und den Lehrern, das durch die gemeinsame Verantwortung für die Erziehung und Bildung der Kinder bedingt ist, zu vertiefen;
2. das Interesse und die Verantwortung der Erziehungsberechtigten für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu wahren und zu pflegen;
3. den Erziehungsberechtigten aller Schüler oder der Schüler einzelner Klassen in besonderen Veranstaltungen Gelegenheit zur Unterrichtung und zur Aussprache zu geben;
4. Wünsche, Anregungen und Vorschläge der Erziehungsberechtigten zu beraten;
5. in den im Gesetz oder in der Volksschulordnung vorgesehenen Fällen, insbesondere bei der Errichtung und Auflösung der Schulen und der Festsetzung des Schulsprengels, beratend mitzuwirken.

Als Mitglieder des Elternbeirats sind 7/5*) Vertreter der Erziehungsberechtigten, als deren Ersatzleute weitere 7/5*) Erziehungsberechtigte zu wählen.

Diese Einladung dient als Ausweis für Ihre Wahlberechtigung. In der Wahlversammlung erhalten Sie auf Vorweisen dieser Einladung einen Stimmzettel; Eheleute erhalten einen Stimmzettel zur gemeinsamen Stimmabgabe. Nach dem Ausfüllen des Stimmzettels ist beim Übergeben des Stimmzettels gleichzeitig diese Einladung abzugeben. Sie müssen deshalb diese Einladung in die Wahlversammlung mitbringen!

Wenn Sie mehrere Kinder an der obengenannten Volksschule haben, bekommen Sie für jedes Kind eine eigene Einladung. In der Wahlversammlung erhalten Sie auf Vorweisen dieser Einladungen ebenso viele Stimmzettel. Sie müssen deshalb alle Einladungen zur Wahlversammlung mitbringen.

Sie haben bereits jetzt die Möglichkeit, für sich allein oder zusammen mit anderen wahlberechtigten Erziehungsberechtigten Ihnen geeignet erscheinende Erziehungsberechtigte zur Wahl vorzuschlagen. Als Mitglieder des Elternbeirats und als Ersatzleute können alle Erziehungsberechtigten gewählt werden, die wenigstens ein Kind haben, das die oben genannte Volksschule besucht, mit Ausnahme der an der betreffenden Volksschule tätigen Lehrer.

Der Wahlvorschlag muß spätestens am Tag vor der Wahl schriftlich dem Vorsitzenden des Elternbeirats übermittelt werden. Die Anschrift des Vorsitzenden des Elternbeirats lautet:

Ich bitte Sie, die beigefügte Empfangsbestätigung zu unterschreiben und unverzüglich zurückzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Schulleiter / Klassenlehrer) *

E m p f a n g s b e s t ä t i g u n g

An die

Betrifft den Schüler / die Schülerin*) der Klasse

(Bezeichnung der Volksschule oder Sonderschule)

(Name und Vorname)

Die Einladung zur Wahlversammlung für die Wahl der Mitglieder des Elternbeirats und ihrer Ersatzleute am 19..... habe ich / haben wir*) erhalten.

....., den 19.....

Unterschrift(en)

(Name, Vorname, Wohnung)

(Name, Vorname, Wohnung)

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

Anlage 2

(zu § 10 Abs. 2 der 4. AVVoSchG)

(Bezeichnung der Volksschule oder Sonderschule)

Stimmzettel
für die Wahl der Mitglieder des Elternbeirats und ihrer Ersatzleute
am 19.....

Bitte die Namen der Personen, die Sie wählen wollen, in die hierfür vorgesehenen Zeilen eintragen!
Der Name eines Erziehungsberechtigten darf nur einmal eingetragen werden.

1.	
2.	
3.	
4.	
5.	
6.	
7.	
8.	
9.	
10.	
11.	*
12.	*
13.	*
14.	*

Bitte den Stimmzettel so zusammenfalten, daß die Eintragung von außen nicht sichtbar ist!

*) An Volksschulen und Sonderschulen mit vier und mehr Klassen dürfen als Mitglieder des Elternbeirats und als deren Ersatzleute höchstens insgesamt 14 Erziehungsberechtigte gewählt werden.

An Volksschulen und Sonderschulen mit weniger als vier Klassen dürfen höchstens insgesamt 10 Erziehungsberechtigte gewählt werden.

Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, als Mitglieder des Elternbeirats und Ersatzleute zu wählen sind, sind ungültig.

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, 8 München 22, Prinzregentenstraße 7.

Druck: Münchener Zeitungsverlag, 8 München 2, Pressehaus Bayerstraße, Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Erscheint vierteljährlich, voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis Ausgabe A halbjährlich DM 8,-, Einzelpreis bis 8 Seiten 45 Pf, je weitere 4 Seiten 15 Pf + Porto. Einzelnummern durch die Buchh. J. Schweitzer Sortiment, 8 München 2, Ottostraße 1a. Bei Bezug durch die Postanstalten ist im Bezugspreis keine Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) enthalten (§ 2 Abs. 3 UStG 1967).